

Erscheint
an allen Werktagen.
Bezugspreis
in der Geschäftsstelle 250.—
in den Ausgabenstellen 260.—
durch Zeitungsbuden 300.—
am Bouami 275.—
ins Ausland 20 deutsche Mark
Buchreicher: 4246, 2273,
3110 3249.

Poststelle für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Zeitungspreise
für Großschriftzeile im
Anzeigenrecht innerhalb
Polens 50.— M.
Postkarte 150.— M.
Für Aufträge aus
Deutschland 350.— M.
im Städteteil 10.— M.
in deutscher Mark.

Telegrammadresse:
Tageblatt Posnans.

Czecos Konto für Boles: P. L. O. Nr. 20) 288 in Poznan.

Bei höherer Gewalt Betriebsförderung. Arbeitsniedrigung oder Ausschaltung hat der Besitzer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Abonnements.

Die beginnende Neuregelung der Weltwirtschaft.

Der deutsch-russische Sondervertrag. — Die Eisenbahnsfrage in Genua. — Amerikas Forderung.

Rückblick.

Das große Ereignis der vorigen Woche war der überraschende Abschluß des Sondervertrages zwischen Deutschland und Russland, der am Ostermontag in Rapallo unterzeichnet wurde. Der außerordentliche Eindruck, den dieses Ereignis, dem eine große Bedeutung nicht abgesprochen werden kann, in der ganzen Welt hervorrief, fand seinen Widerhall in den Äußerungen der Presse aller Länder, in Erklärungen der in Genua versammelten Staatsmänner und in einer Note der Verbandsmächte an die deutsche Regierung. Wir haben sowohl den Inhalt dieser Note, deren Kern der Abschluß der Vertreter Deutschlands aus dem Genueser vorbereitenden Ausschuß für russische Angelegenheiten ist, als auch die deutsche Antwort darauf schon wiedergegeben. Das Entscheidende an dieser Antwort ist der Absatz, in dem mit allem Nachdruck festgestellt wird, daß von einer Revision oder gar Annulierung des deutsch-russischen Vertrages keine Rede sein könne. An sich ist das eine Selbstverständlichkeit, denn man schließt nicht heute einen wichtigen Vertrag, um ihn morgen wieder für null und nichtig zu erklären, solange von Souveränität noch die Rede ist und man nicht zu einem reinen Vasallenstaat herabgesunken ist. Angesichts der Haltung Frankreichs, das auf eine Annulierung des Vertrages hinarbeitet ist, aber die nochmalige Betonung dieser Selbstverständlichkeit von besonderer Bedeutung. Deutschland hat damit unzweiflig erklärt, daß es vor der drohenden Haltung Frankreichs nicht zurückzuweichen beabsichtige. Diese Erklärung gewinnt ein sehr interessantes Gesicht durch die Tatsache, daß die Grundgedanken der Antwortnote eingehend mit Lloyd George und Schanzer durchgesprochen worden sind und augenscheinlich deren Billigung erfahren haben. Besonders Schanzer hat sich mit großer Energie dafür eingesetzt, eine Basis zur Einigung zu finden. Auf seine Anregung dürfte es zufügbar sein, daß die deutsche Delegation durch einen Verzicht auf Mitarbeit in der vorbereitenden Kommission für russische Angelegenheiten den Alliierten die Hand zum Einlenken bietet. Sachlich bedeutet dieser Verzicht kein Opfer für Deutschland, denn auf die Regelung der Beziehungen zwischen der Entente und Russland hätte Deutschland sowieso keinen Einfluß ausüben vermocht, es lag auch gar nicht im deutschen Interesse, sich in diese Verhandlungen einzumischen. Den Alliierten aber öffnet sich durch diesen Verzicht ein Hinterstück zum Rückzug, da sie nicht unbewußt lassen dürfen. Von den Beratungen über den eigentlichen Wiederaufbau Russlands wird sich die deutsche Delegation nicht ausschalten lassen und kann auch aus sachlichen Gründen gar nicht ausgeschaltet werden, weil für ein Gelingen des Aufbauplanes Deutschlands Beteiligung unerlässlich ist.

Es fragt sich nun, ob mit der deutschen Antwortnote der „Zwischenfall“ tatsächlich endgültig beigelegt ist — wie Lloyd George erklärt hat — oder ob es den französischen Bemühungen gelingen wird, entgegen den Wünschen der großen Mehrzahl der Konferenzteilnehmer den „Zwischenfall“ zu einer großen Aktion gegen Deutschland auszunützen. Die französische und die polnische Presse begrüßten den deutsch-russischen Vertrag zuerst jubelnd als den Ritt, durch den die englisch-französische Allianz wieder zusammengekehrt werden würde. Das scheint nicht ganz zuzutreffen. Man bemerkte ganz deutlich, daß gerade dieser Vertrag und die Frage der aus ihm zu ziehenden Folgerungen die Gemüter in Genua in zwei Lager scheidet: auf der einen Seite stehen die, die den Vertrag als Sprengpulver gegen die Konferenz von Genua benutzen wollen — das ist in der Hauptsache Frankreich —, auf der anderen Seite die, die das nicht wollen. Und so handelt es sich bei der Debatte, die nach Bekanntwerden des Berichtes von Rapallo einjegte, nicht nur um diesen Vertrag, sondern zugleich um die Konferenz von Genua und um die Frage, wieweit Frankreich imstande ist, den andern Mächten seinen Willen aufzuzwingen.

Eines der wichtigsten wirtschaftlichen Probleme, die in Genua zur Erörterung stehen, ist die Eisenbahnsfrage, und der Verkehrsausschuß der Konferenz hat mit der Bearbeitung dieser Frage bereits begonnen.

Die meisten Bahnen der Welt sind von der Unterernährung und Überanstrengung der Kriegsjahre noch nicht genesen. Allein England hat an seine Privatbahnen als Ausgleich der Forderungen für rückständige Unterhaltungskosten aus der Kriegszeit für das Jahr 1922/23 60 Millionen Pfund zu zahlen. Die niederländischen Eisenbahnen rechnen für das Rechnungsjahr 1921 mit einem Fehlbezug von 20 Millionen Gulden, der verträglich dem Staat zur Last fällt (denn auch Privatbahnen wissen sich im Bewußtsein ihrer Gemeinnützigkeit für bestandsbedrohende Fehlbeiträge bei den Staatskassen zu sichern). Frankreich wirtschaftete im Jahre 1920 mit einem Gesamtfehlbezug von rund 3 Milliarden Franken, und nach Mitteilungen

der Fachpresse soll der französische Eisenbahnminister den endgültigen Ausgleich des Eisenbahnhaushaltes erst für 1927 in Aussicht gestellt haben. Die dänischen Staatsbahnen schlossen 1920 mit einem Fehlbezug von 54 Millionen Kronen ab. Ungarn mit mehr als einer Milliarde. Mit großen Mühen läuft das klassische Reichsland, die Schweiz, um die langsame Eindämmung des Fehlbeitrages ihres Eisenbahnwesens; langsam sinkt der Fehlbezug von 92 Millionen im Jahre 1920 auf 80 Millionen im Jahre 1921; 1922 wird er vermutlich nur mehr 30 Millionen betragen. Italien schließt 1921 mit einem Fehlbezug von mehr als einer Milliarde Lire ab. Die Vereinigten Staaten, auf deren Eisenbahnwesen man so gerne als auf ein Vorbild hinweist, haben ihren verschiedenen Privateisenbahngesellschaften schon einen Zuschuß von rund 900 Millionen Dollars gegeben und eine weitere halbe Milliarde ist kürzlich als Anleihe zur Verfügung gestellt worden.

Es geht also kaum einer Eisenbahn gut in der Welt, gar nicht zu reden von der russischen, deren planmäßiger Wiederaufbau erst der Schlüssel zur Wiederherstellung des russischen Wirtschaftsgebietes sein wird. Demnach war es notwendig, daß dort, wo so viele Sachverständige der Wirtschaft zusammenkamen, neben den übrigen Wirtschaftsproblemen auch die des Verkehrs einmal von internationalen Gesichtspunkten aus behandelt werden. Die bisherigen Ergebnisse, soweit sie in dem nun vorliegenden, von England, Frankreich und Belgien ausgearbeiteten „Resolutionsentwurf“ zusammengefaßt sind, billigen das „internationale Eisenbahngesetz“, wie es die Konferenz von Barcelona vorschlug, wobei von dem Gedanken ausgegangen wird, daß die Verkehrsbetriebe großer Länder und zwar zumal solcher, die durch ihre kontinentale Lage dem Durchfuhrhandel die Wege bereiten müssen (Deutschland, Polen, Südländer), keine rein nationale, sondern in sehr bedeutsamem Sinne eine internationale Sache sind. Wie sind heute, zumal in der kontinentalen Eisenbahnpolitik, längst zu weit, daß verkehrstechnische Beziehungen zwischen auseinandergehenden Ländern genau die Wirkungen haben, die man in Deutschland während der Zeit der sogenannten „Eisenbahnkriege“ erleben konnte, als die Bahnen der Länder untereinander trafen und der arme Verkehr der Leidtragende war. Der Gedanke zwischenstaatlicher Regelung des Eisenbahnwesens ruft aber heute im Zeitalter der Eisenbahnfehlbeiträge, naturnotwendig die Frage gegenüber finanzialer Hilfe auf. Der deutsche Vertreter hat das, als er zur Debatte der Entente sein grundsätzliches Einverständnis erklärte, mit der gebührten Deutlichkeit hervorgehoben. Die Fassung der Debatte scheint darauf hinzudeuten, daß die finanzielle Hilfe in erster Linie denjenigen Staaten zugedacht ist, deren nationales Eisenbahnwesen als ein Splitter aus einer früheren größeren Eisenbahnverwaltung erst im Werden begriffen ist. Erinnert sei an Polen, an die Tschechoslowakei und andere Staaten, die im Kriege Leid empfingen, und die heute weder finanziell noch verkehrstechnisch in der Lage sind, ihr neues Gebiet verkehrspolitisch zu gliedern und es organisch in die zwischenstaatlichen Zusammenhänge einzurichten.

Der bisherige Verlauf der Genuakonferenz wurde zum Teil bedingt durch die Nichtbeteiligung Amerikas, das auch die Mitwirkung bei der Ausführung von Beschlüssen der Konferenz durchaus abhängig macht von den früher schon von Staatssekretär Hughes verlangten Bedingungen: Festsetzung eines freien wirtschaftlichen Programms mit der Ausrüstung in allen Ländern als Voraussetzung jeder Sanierungsaktion.

Die Freitagssitzungen in Genua.

Genua, 24. April. Am Freitag vormittag versammelten sich die Vertreter der fünf einladenden Mächte, sowie Branting, Motta, Bratianu und Skliment zu einer halböffentlichen Sitzung des Unterausschusses für russische Fragen, um über die russische Antwort zu beraten. Lloyd George teilte mit, daß ihm die Russen am Donnerstag abend eine Note überreicht haben, die, wenn sie ihn auch durchaus nicht befriedige, doch als Grundlage für weitere Verhandlungen dienen können. Die neue russische Note ist nach Ansicht Lloyd Georges in manchen Punkten annehmbar. Was andere Punkte betrifft, so werde man noch verhandeln müssen; einige könnten jedoch nicht Gegenstand von Verhandlungen sein. Es wurde dann ein Sachverständigenausschuß gewählt, der sich aus sieben Mitgliedern zusammensetzt: fünf Delegierte der einladenden Mächte, ein Mitglied der kleinen Entente und ein Vertreter der neutralen Staaten. Am Nachmittag fand eine offizielle Sitzung des politischen Unterausschusses statt. An dieser Sitzung nahmen diesmal auch die Russen teil. Die Deutschen dagegen waren nicht anwesend. Der Vorsitzende Schanzer teilte den Russen den Inhalt der Vormittagsberatungen mit und gab ihnen Kenntnis, daß die Diskussion über die russische Note erst dann beginnen werde, wenn der am Vormittag gewählte Sachverständigenausschuß seine Debatte vorgelegt habe. Unmittelbar darauf erklärte Branting, daß eine direkte und sofortige Anerkennung der Sommers durch Frankreich unmöglich sei. Lloyd George wies darauf hin, daß beschlossen worden sei, zurzeit die russische Note nicht zu berühren. Barthou erklärte in seiner Antwort an Lloyd George,

dass ihm daran gelegen sei, die Stellung Frankreichs schon jetzt zu charakterisieren, und da müsse er auf die energischste Weise gegen den letzten Abschnitt der russischen Antwort protestieren. In Cannes sei die Anerkennung Russlands von genau festgehalten, aber bisher nicht erwähnte Bedingungen abhängig gemacht und außerdem jedem Staat das Recht einer freien Anerkennung der Sowjetregierung vorbehalten worden, und zwar in einer Frist, die der betreffende Staat für angemessen erachtet. Nach Barthou ergriff Tschauder in das Wort. Er sprach in einer längeren Rede sein Bedauern darüber aus, daß, wie es ihm scheine, über die Loyalität der russischen Delegierten Zweifel beständen. Die von der russischen Delegation eingerichtete Antwort erbringe nach Meinung Tschauders den Beweis, daß Sowjetrußland die Beschlüsse von Cannes vollständig annehme. Die Rede Tschauders wurde durch den Vorsitzenden Schanzer unterbrochen; dieser schloß die Diskussion, indem er darauf hinwies, daß das Urteil darüber, ob die russische Note den Beschlüssen von Cannes entspreche oder nicht, Sach der Sachverständigen sei. Dann trat der Sachverständigenausschuß zu seiner ersten Sitzung zusammen und nahm den Vorschlag Englands an, daß die Anerkennung der Vorkriegsschulden durch Russland ausgeschlossen sei.

Ein Einspruch Frankreichs gegen die deutsche Antwortnote.

Genua, 24. April. Die französische Delegation hat an den Vorsitzenden de la Chambre ein Schreiben gerichtet, in dem sie gegen den Inhalt der deutschen Antwort auf die Note der Alliierten protestiert. Die französische Delegation zweifelt die Rechtskräftigkeit des Vertrages, der mit den in Cannes angenommenen Bestimmungen in Widerspruch steht, an und fordert von de la Chambre die Einberufung einer Sitzung der Vertreter der neuen verbündeten Mächte, die den Beschluß vom 18. d. Mts. unterschrieben haben.

Ein französisch-englischer Garantievertrag?

Berlin, 24. April. Nach einer Meldung des Pariser „L'Œuvre“ beruht das Programm Poincarés gegen eine etwaige Verleihung des Versailler Vertrages durch die Deutschen auf der Unterzeichnung eines englisch-französischen Garantievertrages mit Ausdehnung der Garantien auf die Ostgrenzen. Der Vertrag soll die Einberufung des Obersten Rates vorsehen und den Vorbehalt der freien Hand für Frankreich, falls die Alliierten den französischen Standpunkt gegenüber der deutsch-russischen Gefahr nicht annehmen sollten. Die deutsche Presse erwähnt, daß der französische Generalstab schon einen Plan des Einmarsches französischer Truppen in das Ruhrgebiet ausgearbeitet hätte.

Verhaftung Savinkows in Genua.

Genua, 24. April. Hier wurden 16 russische Gegnerrevolutionäre verhaftet, weil sie angeblich einen Anschlag auf den russischen Diplomaten planten. Unter den Verhafteten befindet sich auch der bekannte weißgardistische Führer Savinkow. Die Polizei bemüht sich, ein klares Bild von der Teilnahme Savinkows an den angeblichen Verschwörungen zu bekommen.

Eine neugierige Frage.

Paris, 24. April. Marcel Cachin schreibt in der „Humanité“, am 31. März des Jahres habe Polen gemeinsam mit den baltischen Staaten in die formelle Anerkennung der Sowjetunion eingewilligt. An diese Feststellung knüpft der kommunistische Abgeordnete, der gerade aus Genua zurückgekehrt ist, folgende Frage: „Ist es wahr, daß England in den letzten Tagen Polen eine Anleihe über einen erheblichen Betrag bewilligt hat, und zu welchen Bedingungen soll diese Anleihe gewährt werden?“

Die Konferenz der Notenbanken soll in London tagen.

London, 24. April. Die Konferenz der Notenbanken, die vor dem Finanzausschuß in Genua beschlossen ist, soll bereits in einigen Wochen in London unter dem Vorsitz des Gouverneurs der Bank von England zusammentreten. — Die Arbeiten des Finanzausschusses der Konferenz sind vorläufig als beendet zu betrachten. Infolgedessen verließ Sir Robert Horne, der Vorsitzende des Finanzausschusses, mit mehreren englischen Delegierten Genua, da sie an den Budgetberatungen in London teilnehmen müssen. Auch zwei deutsche Mitglieder des Finanzausschusses, Dr. Melchior und Geheimrat Hagen, reisten schon von Genua ab, da sie durch wichtige Geschäfte anderwärts in Anspruch genommen sind. Die englischen Mitglieder der Finanzkommission werden voraussichtlich Mitte der Woche nach Genua zurückkehren.

Reichskanzler Dr. Wirth über die Bedeutung von Genua.

Genua, 24. April. Gelegentlich eines Entwanges der hiesigen deutschen Kolonie durch den deutschen Botschafter in Rom hielt der Reichskanzler Dr. Wirth eine Ansprache, in der er u. a. erklärte: Die Genuer Konferenz ist für uns eine Etappe des Rettungswerkes, das wir übernommen haben mit dem Bielefelder Wiedergewinnung unserer nationalen Freiheit. Ob dieser Weg über Genua hinausführen wird, müssen wir noch nicht. Wir sind hierher ohne allzu große Hoffnungen gekommen, betrachten aber diese Konferenz als einen Schritt vorwärts. — Indessen fehlt die wichtigste Macht, die notwendig wäre, um das Werk der Wiederaufrichtung der Weltwirtschaft zu vollbringen, nämlich Amerika. Deshalb wäre als Fortsetzung dieser Konferenz in Genua eine Weltkonferenz wünschenswert. — In Genua sollten die Probleme des Orients gemeinsam besprochen werden und es würde uns eine Mitwirkung zugesagt. Infolge der separaten Verhandlungen eines Teiles der hier vertretenen Mächte mit den Russen wären plötzlich Deutschlands Interessen bedroht, und es galt, sie rechtzeitig wahrzunehmen. Das war unsere Pflicht. Wir werden den Vertrag, den wir unterzeichnet haben, nicht zurückziehen. Das Londoner Sachverständigenkommando hätte zu einem zweiten Versailles führen können. Seine Anwendung hätte das endgültige Todesurteil für jeden Wiederaufbau bedeutet und wir würden außerdem in eine Schuldnechtschaft auch nach Osten hin kommen, so daß der Ring der Schuldnechtschaft sich um uns geschlossen hätte.

Von der Kleinen Entente.

Eine Vertretung der Kleinen Entente im Obersten Rat?

Prag, 24. April. Die Prager "Listové Noviny" melden aus Genf, daß die große Entente beabsichtigt, die kleine Entente zur Repräsentation im Obersten Rat zuzulassen.

Die Kleine Entente und der baltische Block.

Prag, 24. April. Die "Tribuna" stellt die Tatsache fest, daß die Harmonie unter der kleinen Entente in kritischen Momenten auch nicht einen einzigen Augenblick gestört worden sei und sich sogar bedeutend gestärkt habe. Der baltische Block treibe eine Politik für sich, trete aber immer mit der kleinen Entente solidarisch auf. Die Solidarität habe ihre Feuerprobe bestanden.

Die Kleine Entente als Vermittler zwischen Deutschland und Russland.

Graz, 24. April. Die "Grazer Tagesspost" meldet aus Belgrad: Belgrader politische Kreise und die öffentliche Meinung besprechen lebhaft den deutsch-russischen Vertrag und betonen mit besonderem Nachdruck, daß der kleinen Entente, die 70 Millionen Menschen zähle, die besondere Rolle des Vermittlers zwischen Russland und Deutschland zufalle. Der deutsch-russische Vertrag habe die kleine Entente vor die größte diplomatische Probe gestellt. Zurzeit sei die Lage so, daß die kleine Entente weder auf der einen noch auf der anderen Seite stehen könne. Das slawische Zusammengehörigkeitsgefühl und der gesunde Blick auf die Zukunft hält Südslawien, die Tschechoslowakei und Polen davor zurück, sich in einen Kampf gegen Russland einzulassen. Andererseits ist die kleine Entente wirtschaftlich und finanziell mit den Staaten der großen Entente verbunden. Die Folge davon ist, daß die kleine Entente eine selbständige Politik treiben muß.

Russlands Abrüstung.

Helsingfors, 24. April. Hiesige Blätter berichten, daß in Kronstadt auf Befehl Trockis mit der Instandsetzung der Kriegsschiffe begonnen wurde. Die Schiffe sollen jeden Augenblick bereit sein, in See zu gehen.

Riga, 24. April. Aus Moskau wird berichtet, daß für die ehemaligen Offiziere der weißen Armee eine Amnestie in größerem Umfang angewandt wird. Die Offiziere werden in die Sowjetarmee aufgenommen, unter der Bedingung, daß sie die gegenwärtige Regierung anerkennen. Die Mehrzahl der Offiziere der ehemaligen Denitschen und Petljura-Armee hat bereits entsprechende Anstellung in der bolschewistischen Armee erhalten.

Die Kämpfe im Fernen Osten.

London, 24. April. Neuter meldet aus Wladivostok: In den ersten Apriltagen schien der Fall von Wladivostok unvermeidlich zu sein. Die völlig demoralisierten Reste der Wladivostoker Armee verliehen ohne Befehl die eingenommenen Stellungen. Das Oberkommando wußte sich mit ihnen nicht zu helfen. Im übrigen war alles mit der Evaluierung der Familien beschäftigt, da die Einnahme von Wladivostok durch die roten Abteilungen in einigen Tagen erwartet wurde. Die Situation änderte sich plötzlich, als am 5. April japanische Abteilungen die roten Vorräte im Gebiete von St. Petrowen zurückwiesen. Die Offensive der Truppen der Republik des Fernen Ostens wurde zum Stehen gebracht. Die Einnahme von Wladivostok durch die roten Truppen ist einstweilen ausgeschlossen.

Moskau, 24. April. Aus Tschita wird berichtet: Seit einigen Tagen führen japanische Flugzeuge im Hinterlande energische Erkundungen aus. Das Kommando der roten Truppen erhielt die Nachricht, daß die Japaner bedeutende Streitkräfte bei St. Petrowa konzentriert.

Bolschewistische Propaganda in Indien.

Bukarest, 24. April. Der Korrespondent des Konstantinopeler "Bospor" gelangte bis zur Hauptstadt von Afghanistan, Kabul, und schreibt in der letzten Korrespondenz aus dieser Stadt u. a.: Die Besitzungen der Engländer vor einer Invasion der Russen nach Indien waren noch nie so begründet, wie heute. Indien ist zurzeit das Objekt einer außergewöhnlich energischen kommunistischen Propaganda der Moskauer Machthaber. Das Komitee, das diese Propaganda leitet, wurde von Tschient nach Kabul überführt, wo es in Gestalt von Beamten der dortigen Sowjetvertretung weilt. Die Führer der Propaganda haben einen ständigen Verkehr mit Peshawar, Lahore und Delhi organisiert, wohin sie Agitationsbrochüren, Geld für die Agitation und Agitatoren senden. Sie haben auch den Eisenbahnerstreit in Indien organisiert. Afghanische Händler, die öfter durch Ostindien reisen, behaupten einmütig, daß in Indien eine kommunistische Revolution im Anzuge ist und daß die Situation viel ernster sei, als in Europa angenommen werde.

Obdachlos.

Humoristischer Roman eines Wohnungsuchenden.

Von Oskar von Hanstein.

Amerikanisches Copyright 1921 by Carl Dunder, Berlin.

(22. Fortsetzung.) Macbeth unterlagt.

Alle drei Firmenhaber sahen gespannt auf den Amerikaner und die Herren Salm, Müller und Schuster hatten allen Grund, die Geistesgegenwart des Herrn Kayser zu bewundern, der jetzt aufstand und mit dem harmlosen Gesicht von der Welt sagte:

"Sie sehen, wie gut ich Sie bedient habe; übrigens war ich persönlich auf dem Wohnungsamt und habe dort denselben Bescheid erhalten. Ich werde noch mehr tun und heute nachmittag persönlich nach Groß-Kildern fahren und mit Herrn von Schellenhof reden."

"Das wäre kluge Tat."

"Aber mit Vergnügen, mein verehrter Herr Schulze."

"Dann will ich Ihnen die zweiten tausend Mark —"

"Aber Herr Schulze, das wäre ja gar nicht nötig gewesen."

Natürlich sagte Herr Kayser dies erst, nachdem er den Tausendmarkschein erfaßt hatte.

"Good bye!"

"Good bye, Mister Dick William Schulze!"

Sie hörten, wie er die Treppe hinabstapste und warteten geduldig, bis Franz meldete:

"Auto abfahren."

Aber auch jetzt blieb eine hängende Stimmung in dem edlen Kreise, obgleich natürlich der Zwist von vorh. u. längst vergessen war.

Endlich sagte Herr Müller:

"Die tausend Mark häufen wir."

"Du meinst, ich —"

Her Salm fuhr fort:

"Nun aber abfahren, sonst kommt der Krach!"

Lenin.

Der nach Russland entsandte Sonderberichterstatter der "Östl. Allg. Zeit.", Georg Kleinow, weist in einem Brief aus Moskau auf die umlaufenden Gerüchte von einer schweren Erkrankung Lenins und die daran geknüpften politischen Kombinationen hin und wirft die Frage auf: "Was ist nun eigentlich mit Lenin?" Er antwortet darauf: "Lenin ist tatsächlich bis zu einem gewissen Grade erkrankt — was man so zusammengeklapt nennt —, kaum verwunderlich nach den Aufregungen und ununterbrochenen körperlichen und geistigen Leistungen der vergangenen fünf Jahre mit ihren Enttäuschungen. Nachdem er seine Politik auf die Bahnen friedlicher Erneuerung gelenkt hat, ist bei Lenin eine Nervenreaktion eingetreten, die ihn hindert, sich den Regierungsgeschäften so vollständig hinzugeben, wie er es bei seinem mächtigen Charakter tun möchte. Konkret ausgedrückt heißt das: Lenin arbeitet statt der gewohnten 14—16 Stunden jetzt vielleicht nur 8—10 Stunden! Lenin hat das vor drei Wochen den Metallarbeiter ganz offen zugegeben und seine Mitleid unverkürzt durch die Zeitungen gehen lassen, worauf zum mindesten erstaunlich ist, daß er seine persönliche Lage inmitten einer gärenden Welt ganz klar über sieht. Nun wird er dementsprechend gefont. Wenn Lenin nicht nach Genf fährt, hat das nichts mit seinem Gesundheitszustand zu tun; ihm würde sogar ein Aufenthalt im Auslande, ein Luftwechsel und selbst Genf mit seinem neuen Einbrüden und Anregungen nur dienlich sein. Es sind ausschließlich Gedanken wegen der persönlichen Sicherheit Lenins, die die kommunistische Partei veranlaßt haben, ihm die Reise ins Ausland zu verbieten. — Aus Form und Inhalt von Lenins Reden lassen sich, wenigstens zurzeit, Schlüsse auf seinen Gesundheitszustand nicht ziehen. Sie sind mit ihren typischen Wiederholungen die alten von früher. Es ist Lenins Art, seinen vorwiegend halb- oder überhaupt ungebildete Bühnern von Bauern und Arbeitern die einzelnen Sätze, auf die es ihm kommt, in die Schädel zu hämmern. Die beiden letzten Reden mit ihren scharfen Kritiken an dem Verhalten der Kommunisten sind Zeichen durchaus gesunder, selbstbewußter Energie. Was an den Reden des letzten Jahres fehlt, ist das hohe Pathos der früheren Jahre. Daran knüpfen seine Feinde an. Man braucht sich aber nur den Inhalt der verschiedenen Reden vergleichend gegenüber zu stellen, um den Grund des Mangels zu erkennen. Früher galt es dem Parteiführer Lenin, hohe Ziele und Ideale vor die Menge zu stellen und aus der Phantasie heraus Zulaufsbilder zu schaffen, denen zu Liebe eine schwer bewegliche, epikritische Masse lämpfen, bluten, opfern sollte; er konnte aus dem Bollen einer haherfüllten Seele schöpfen! Gegenwärtig muß der Reichskanzler Russlands — das ist etwa Lenins Stellung außerhalb der Partei — nüchterne Alltagsarbeit leisten: Behördenorganisation, Rechtsfragen, Außenhandel, Kompromisse wägend vorbereiten! Die großen Machttheorieprobleme treten zurück vor den politischen und wirtschaftlichen Themen des grauen Alltags. Lenin hat die aufgerogenen Gemüter, die Geister, die er gerufen, zu bändigen und vor den Staatskarren als Zugtiere zu spannen. Das verlangt andere, beruhigende Töne als die des Parteiaktivists. Lenin will im In- und Ausland Vertrauen für seine Regierungsziele werben. Daraum erscheint am Rednerpult statt des eifernden Hassers, der jene Welt zertrümmern wollte, die ihm ein ältester Bruder und nächster Freund gezaubert hatte, der besonnene Vermittler, dem es ohrläufig darum zu tun ist, wenigstens seinem Volk den Frieden wiederzugeben und zu sichern, der streben muß, die Weltanschauungen zu überbrücken.

Republik Polen.

Der Ministerrat beschloß in der Freitagssitzung u. a. eine Verfügung über den Verbot alkoholischer Getränke aus Geschäften. Hafer und ihren Produkten nahm einen Antrag über die Bildung einer polnisch-sächsischen Delegation für Leichen-Schlesien. Lips und Arwa und erledigte noch eine Reihe von laufenden Angelegenheiten.

Das Preßamt des Finanzministeriums teilte mit, daß der Gesamtertrag der außerordentlichen Staatsabgabe (Danina) nach dem Stande vom 15. April 35 935 648 000 M. betrugen, d. h. 45 Prozent der aus diesem Titel vorgehebenen Summe.

Die Saatsschulden haben sich einem Nachweis vom 20. April gemäß in der polnischen Landesdarlehnskasse um weitere 5 100 000 000 polnische Mark verringert, somit beträgt also die Verringerung der Schulden zusammen 10 Milliarden 100 Millionen Mark.

Der neue polnische Generalkonsul von Hamburg, Stanislaw Skorkowski, reist in dieser Woche auf seinen Posten. Er ist zugleich Revisor der Konsulatsstellen in Westdeutschland. Bisher war er Baudirektor des Verwaltungsdienstes im Außenministerium.

Die Münchener Aussprache über die nationalen Minderheiten.

Vom 19. bis 21. April tagte in München in den Räumen der Handelskammer die Minoritäten-Kommission der Weltliga für Völkerbund. Den Vorsitz führte Sir Willoughby Dickinson, als Vertreter der englischen Liga, die heute schon mehr als eine Million Mitglieder zählt, und die von keinem geringeren als Lord Robert Cecil geführt wird. Neben Dickinsons hoher vornehmer Errscheinung erregte unter den zahlreichen Vertretern der übrigen ausländischen Ligen der Charakterkopf des bekannten belgischen Sozialisten Gaston Fontaine, des stellvertretenden Vorsitzenden des Senates, besonderes Interesse. Zu der Tagung waren Vertreter aller völkischen Minderheiten aus den neu geschaffenen Staaten geladen, um über ihre Lage zu berichten. Am 20. vormittags fand die Versammlung der Vertreter des Deutschums in Polen statt. Erwähnen waren für die dortige deutsche Minderheit der Vorsitzende des Deutschumsbundes zur Wahrung der Minderheitsrechte, Herr Raumann, und mit ihm zwei weitere Vorstandsmitglieder des Deutschumsbundes, nämlich die Herren Hasbach und Knobelsdorff. Ersterer zugleich als Vorsitzender der deutschen Sejmfraktion, letzterer als Vertreter der deutschstämmigen Arbeiterschaft. Während der mehr als dreistündigen Sitzung hatten die drei Herren ausgiebig Gelegenheit, über die Lage des Deutschums im polnischen Staate zu referieren, auch konnten sie auf Begegnungen über die Lage der übrigen fremdstämmigen Minderheiten in Polen Auskunft erteilen. Der geschäftsordnungsmäßige Grundsatzz, daß sich die Kommissionsmitglieder in Anwesenheit der Minderheitsvertreter jeder Stellungnahme zu enthalten haben, wurde nicht immer gewahrt. Insbesonders sah sich bei dem Referat der Minderheitsvertreter über die Lage der deutschen Kolonisten das Mitglied der polnischen Liga veranlaßt, das aggressive Vorgehen seiner Regierung damit zu rechtfertigen, daß er auf die Behandlung der Polen in preußischer Zeit hinwies, die eine Wiedergutmachung erhebliche, und die Tatsache ins Feld führte, daß nach den zu preußischer Zeit mit den Kolonisten geschlossenen Kaufverträgen dem Staate ein Wiederaufschluß auch für den Fall des Erbganges eingeräumt sei. Da aber traten auch einige der übrigen Kommissionsmitglieder aus ihrer bisherigen Reserve. In glänzender Dialetik — die Verhandlungen wurden in französischer Sprache geführt — und mit zwingender juristischer Schärfe führten sie auf: Auch wenn früher den Polen von Seiten der preußischen Regierung Unrecht geschehen wäre, und selbst wenn dieses Unrecht zehnmal größer gewesen sein sollte, als es angeblich der Fall war, so ist doch angesichts des Minoritäten-Schutzvertrages keinesfalls Raum dafür, einen polnischen Staatsbürger deutschen Stammbuch dieses Unrechts irgendwie entgegen zu lassen. Denn Polen hat in der Einleitung zu diesem Vertrage zugestanden, daß kein Gesetz, keine Verordnung und kein Einzelhandlung zu dem Inhalte des Vertrages in Widerspruch stehen dürfe. Der Vertrag aber stellt ausdrücklich die unabdingte Gleichheit aller Staatsbürgen — ohne Unterschied der Rasse, Sprache und Religion — vor dem Gesetz fest. Es wäre also ein unerhörtes Beginnen, wenn dem Sohne eines Ansiedlers um seiner deutschen Stammeszugehörigkeit willen die Übernahme des Vatererbes verweigert und ausdrücklich die Überlassung der Wirtschaft an einen Polen gefordert werden. Sollten die von den Ansiedlern geschlossenen Kaufverträge dem Staate tatsächlich das Recht eingeräumt haben, dem Sohne des Ansiedlers aus Gründen seiner Stammeszugehörigkeit die Übernahme der väterlichen Wirtschaft zu verwehren, was zweifellos nicht der Fall ist, so wäre eine solche Ausnahmestellung durch den Minoritäten-Schutzvertrag ohne weiteres befugt. Im Laufe der weiteren Verhandlungen wurde von einem Kommissionsmitglied bemerkt, daß doch wohl zu mindest einmal der Völkerbundrat sich für die deutsche Minderheit in Polen verantwort habe, und es wurde daran die Frage gefügt, ob sich denn dieses Eincreifen nicht bemerkbar gemacht hätte. Die deutschen Vertreter erklärten darauf, daß allerdings nach den ihnen gewordenen Mitteilungen der Völkerbundsrat an Polen das Recht gerichtet hätte, die Verdrängungsmahnahmen gegen die Ansiedler zunächst bis zum 1. Mai dieses Jahres auszuführen. Von möglicher polnischer Amtsstelle sei indessen erklärt worden, daß der polnischen Regierung von einer solchen Weisung oder Anregung nichts bekannt wäre. Infolgedessen sei nach wie vor zahlreichen Ansiedlern das Verfügungsrigh über ihr Eigentum genommen worden, und man habe ohne vorausgegangenes gerichtliches Verfahren mit polnischen Zwangs-Polen als Eigentümer in die Stellen der beiseitig nicht der Fall ist, so wäre eine solche Ausnahmestellung durch den Minoritäten-Schutzvertrag ohne weiteres befugt. Im Laufe der weiteren Verhandlungen wurde von einem Kommissionsmitglied bemerkt, daß doch wohl zu mindest einmal der Völkerbundrat sich für die deutsche Minderheit in Polen verantwort habe, und es wurde daran die Frage gefügt, ob sich denn dieses Eincreifen nicht bemerkbar gemacht hätte. Die deutschen Vertreter erklärten darauf, daß allerdings nach den ihnen gewordenen Mitteilungen der Völkerbundsrat an Polen das Recht gerichtet hätte, die Verdrängungsmahnahmen gegen die Ansiedler zunächst bis zum 1. Mai dieses Jahres auszuführen. Von möglicher polnischer Amtsstelle sei indessen erklärt worden, daß der polnischen Regierung von einer solchen Weisung oder Anregung nichts bekannt wäre. Infolgedessen sei nach wie vor zahlreichen Ansiedlern das Verfügungsrigh über ihr Eigentum genommen worden, und man habe ohne vorausgegangenes gerichtliches Verfahren mit polnischen Zwangs-Polen als Eigentümer in die Stellen der beiseitig nicht der Fall ist, so wäre eine solche Ausnahmestellung durch den Minoritäten-Schutzvertrag ohne weiteres befugt. Im Laufe der weiteren Verhandlungen wurde von einem Kommissionsmitglied bemerkt, daß doch wohl zu mindest einmal der Völkerbundrat sich für die deutsche Minderheit in Polen verantwort habe, und es wurde daran die Frage gefügt, ob sich denn dieses Eincreifen nicht bemerkbar gemacht hätte. Die deutschen Vertreter erklärten darauf, daß allerdings nach den ihnen gewordenen Mitteilungen der Völkerbundsrat an Polen das Recht gerichtet hätte, die Verdrängungsmahnahmen gegen die Ansiedler zunächst bis zum 1. Mai dieses Jahres auszuführen. Von möglicher polnischer Amtsstelle sei indessen erklärt worden, daß der polnischen Regierung von einer solchen Weisung oder Anregung nichts bekannt wäre. Infolgedessen sei nach wie vor zahlreichen Ansiedlern das Verfügungsrigh über ihr Eigentum genommen worden, und man habe ohne vorausgegangenes gerichtliches Verfahren mit polnischen Zwangs-Polen als Eigentümer in die Stellen der beiseitig nicht der Fall ist, so wäre eine solche Ausnahmestellung durch den Minoritäten-Schutzvertrag ohne weiteres befugt. Im Laufe der weiteren Verhandlungen wurde von einem Kommissionsmitglied bemerkt, daß doch wohl zu mindest einmal der Völkerbundrat sich für die deutsche Minderheit in Polen verantwort habe, und es wurde daran die Frage gefügt, ob sich denn dieses Eincreifen nicht bemerkbar gemacht hätte. Die deutschen Vertreter erklärten darauf, daß allerdings nach den ihnen gewordenen Mitteilungen der Völkerbundsrat an Polen das Recht gerichtet hätte, die Verdrängungsmahnahmen gegen die Ansiedler zunächst bis zum 1. Mai dieses Jahres auszuführen. Von möglicher polnischer Amtsstelle sei indessen erklärt worden, daß der polnischen Regierung von einer solchen Weisung oder Anregung nichts bekannt wäre. Infolgedessen sei nach wie vor zahlreichen Ansiedlern das Verfügungsrigh über ihr Eigentum genommen worden, und man habe ohne vorausgegangenes gerichtliches Verfahren mit polnischen Zwangs-Polen als Eigentümer in die Stellen der beiseitig nicht der Fall ist, so wäre eine solche Ausnahmestellung durch den Minoritäten-Schutzvertrag ohne weiteres befugt. Im Laufe der weiteren Verhandlungen wurde von einem Kommissionsmitglied bemerkt, daß doch wohl zu mindest einmal der Völkerbundrat sich für die deutsche Minderheit in Polen verantwort habe, und es wurde daran die Frage gefügt, ob sich denn dieses Eincreifen nicht bemerkbar gemacht hätte. Die deutschen Vertreter erklärten darauf, daß allerdings nach den ihnen gewordenen Mitteilungen der Völkerbundsrat an Polen das Recht gerichtet hätte, die Verdrängungsmahnahmen gegen die Ansiedler zunächst bis zum 1. Mai dieses Jahres auszuführen. Von möglicher polnischer Amtsstelle sei indessen erklärt worden, daß der polnischen Regierung von einer solchen Weisung oder Anregung nichts bekannt wäre. Infolgedessen sei nach wie vor zahlreichen Ansiedlern das Verfügungsrigh über ihr Eigentum genommen worden, und man habe ohne vorausgegangenes gerichtliches Verfahren mit polnischen Zwangs-Polen als Eigentümer in die Stellen der beiseitig nicht der Fall ist, so wäre eine solche Ausnahmestellung durch den Minoritäten-Schutzvertrag ohne weiteres befugt. Im Laufe der weiteren Verhandlungen wurde von einem Kommissionsmitglied bemerkt, daß doch wohl zu mindest einmal der Völkerbundrat sich für die deutsche Minderheit in Polen verantwort habe, und es wurde daran die Frage gefügt, ob sich denn dieses Eincreifen nicht bemerkbar gemacht hätte. Die deutschen Vertreter erklärten darauf, daß allerdings nach den ihnen gewordenen Mitteilungen der Völkerbundsrat an Polen das Recht gerichtet hätte, die Verdrängungsmahnahmen gegen die Ansiedler zunächst bis zum 1. Mai dieses Jahres auszuführen. Von möglicher polnischer Amtsstelle sei indessen erklärt worden, daß der polnischen Regierung von einer solchen Weisung oder Anregung nichts bekannt wäre. Infolgedessen sei nach wie vor zahlreichen Ansiedlern das Verfügungsrigh über ihr Eigentum genommen worden, und man habe ohne vorausgegangenes gerichtliches Verfahren mit polnischen Zwangs-Polen als Eigentümer in die Stellen der beiseitig nicht der Fall ist, so wäre eine solche Ausnahmestellung durch den Minoritäten-Schutzvertrag ohne weiteres befugt. Im Laufe der weiteren Verhandlungen wurde von einem Kommissionsmitglied bemerkt, daß doch wohl zu mindest einmal der Völkerbundrat sich für die deutsche Minderheit in Polen verantwort habe, und es wurde daran die Frage gefügt, ob sich denn dieses Eincreifen nicht bemerkbar gemacht hätte. Die deutschen Vertreter erklärten darauf, daß allerdings nach den ihnen gewordenen Mitteilungen der Völkerbundsrat an Polen das Recht gerichtet hätte, die Verdrängungsmahnahmen gegen die Ansiedler zunächst bis zum 1. Mai dieses Jahres auszuführen. Von möglicher polnischer Amtsstelle sei indessen erklärt worden, daß der polnischen Regierung von einer solchen Weisung oder Anregung nichts bekannt wäre. Infolgedessen sei nach wie vor zahlreichen Ansiedlern das Verfügungsrigh über ihr Eigentum genommen worden, und man habe ohne vorausgegangenes gerichtliches Verfahren mit polnischen Zwangs-Polen als Eigentümer in die Stellen der beiseitig nicht der Fall ist, so wäre eine solche Ausnahmestellung durch den Minoritäten-Schutzvertrag ohne weiteres befugt. Im Laufe der weiteren Verhandlungen wurde von einem Kommissionsmitglied bemerkt, daß doch wohl zu mindest einmal der Völkerbundrat sich für die deutsche Minderheit in Polen verantwort habe, und es wurde daran die Frage gefügt, ob sich denn dieses Eincreifen nicht bemerkbar gemacht hätte. Die deutschen Vertreter erklärten darauf, daß allerdings nach den ihnen gewordenen Mitteilungen der Völkerbundsrat an Polen das Recht gerichtet hätte, die Verdrängungsmahnahmen gegen die Ansiedler zunächst bis zum 1. Mai dieses Jahres auszuführen. Von möglicher polnischer Amtsstelle sei indessen erklärt worden, daß der polnischen Regierung von einer solchen Weisung oder Anregung nichts bekannt wäre. Infolgedessen sei nach wie vor zahlreichen Ansiedlern das Verfügungsrigh über ihr Eigentum genommen worden, und man habe ohne vorausgegangenes gerichtliches Verfahren mit polnischen Zwangs-Polen als Eigentümer in die Stellen der beiseitig nicht der Fall ist, so wäre eine solche Ausnahmestellung

finden. Schrieb doch noch vor wenigen Tagen in einer polnischen Zeitung ein hochgestellter polnischer Jurist, daß die Toleranz nur eine Maske sei, die man schleunigst herunterreißen müßte, und daß die Staatsräson auch heute noch, wie bei den primitiven Völkern, einzige vom Machtgewalten beherrsch werden müsse. Immerhin, eins werden die Vertreter des Deutschen in Polen mit nach Hause genommen haben: die Gewissheit, daß sie im Kampfe für ihr Volkstum nicht allein stehend, daß ihr Kampf für ihr Recht in allen europäischen Kulturstaaten mit warmerherzigem Interesse verfolgt wird, und daß sie auch außerhalb der Grenzen ihres Staates auf treue Helfer rechnen dürfen.

Toleranz.

Professor Baudoin de Courtenay, dessen freimütige Ausführungen über Fragen des öffentlichen Lebens wir schon früher einmal wiederzugeben Gelegenheit hatten, hielt vor kurzem in Warschau einen Vortrag über Toleranz, in dem er, nach einem Bericht der "Lodzer Fr. Presse" unter anderem folgendes sagte:

Großen Kreisen der polnischen Gesellschaft fehle der Geist der Toleranz gänzlich, obwohl sie manche Bande mit der Kultur des Westens verbinden. Allgemein mache sich eine Neigung zur Unterdrückung jeglicher freien und unabhängigen Gedankenäußerung bemerkbar. Courtenay bekämpft diese Gesellschaft, weil sie sich die Rolle eines Pfeilers der Toleranz ansmaßt, während sie in Wirklichkeit auf Schritt und Tritt äußerste Rückständigkeit verrät. Die Gleichberechtigung, die Toleranz sollte die Grundlage jedes demokratischen Staates bilden.

Aus der Fülle von Beispielen, die die Untoleranz in Polen illustrieren, sei nur das *Paßsystem* erwähnt. Die polnischen Pässe enthalten alle eine Rubrik für die Eintragung des Glaubensbekenntnisses. Nicht einmal während der Okkupationszeit erlebten wir ähnliches, denn weder die deutschen noch die österreichischen Pässe enthielten besondere Vermerke über das Glauensbekenntnis des Inhabers. Eine Ausnahme bildeten nur die Pässe des zaristischen Russland, die diese Rubrik noch aufwiesen. Vom Standpunkt der zaristischen Behörden war dies insofern begründet, als es in Russland eine teilweise Beschränkung der Freiheit der Juden (tscherta ossiedłost) gab.

In glänzenden Ausführungen weist Professor Courtenay auf die Unzulässigkeit der Einmischung der Behörde in die Privatangelegenheit (Religion) der Bürger hin, und fordert die sofortige Aufhebung des erwähnten Passvermerks.

Miscreden.

Die wichtige Frage der Rechts Gültigkeit der Miscreden ist in den letzten Wochen in den Spalten der "Posener Neuesten Nachrichten" von verschiedenen Seiten beleuchtet worden. Wie bekannt, ist in Kongresspolen der Geistliche zugleich Standesbeamter, von ihm wird also nicht bloß die Ehe kirchlich eingesegnet, sondern auch die Zivilische wird vor ihm geschlossen. Daraus haben sich Bautzianen ergeben, die in einem Artikel der "Neuen Lodzer Zeitung", den die "Posener Neuesten Nachrichten" übernahmen, scharf gegeißelt wurden. Es hat sich der Fall ereignet, daß eine seit 15 Jahren bestehende Ehe von dem Warzauer erzbischöflichen Konsistorium für nichtig erklärt wurde, weil die Ehe in der evangelischen Kirche und vor dem evangelischen Geistlichen geschlossen worden sei, und nicht, wie es das katholische Kirchenrecht verlangt, vor dem katholischen Geistlichen. Der Verfasser des Artikels erklärte es als "allein Rechte hohnsprechend", wenn die Kirche sich Befreiung anmaßte, die doch nur dem Staat zuständen. Ist eine Ehe nach staatlichem Recht rechtsgültig geschlossen worden, so sei man kirchlicherseits nicht berechtigt, die Ehe für gar nicht bestehend anzusehen, nur weil ihre kirchliche Einsegnung nicht durch einen katholischen Geistlichen erfolgt ist.

Die Schriftleitung der "Posener Neuesten Nachrichten" hat um Stellungnahme der Geistlichkeit beider Konfessionen zu dieser Frage, und am 22. März erschienenen die interessanten Ausführungen des Domherrn Dr. theol. Paech, die die Stellung der katholischen Kirche in der Miscredenfrage genau kennzeichneten. Danach sieht es die Kirche als ihr gesetzlich begründetes Recht an, den Christen zu erteilen und ihnen rechtskräftig zu schließen. Eine Einmischung staatlicherseits in Ehesachen erkennt sie gar nicht an. Trotzdem ist zu verschiedenen Zeiten und in verschiedenen Ländern katholischerseits oft die Anschauführung vertreten worden, daß die Miscreden rechtsgültig seien. Nach der am 9. Dezember 1917 getroffenen päpstlichen Bestimmung ist aber die Auffassung als allein richtig bezeichnet worden, nach der gemischte Brautpaare eine gültige Ehe nur mehr vor dem katholischen Pfarrer schließen können. Danach sind auch alle schon bestehenden, vor nicht-katholischen Religionsdiensten geschlossenen Ehen als ungültig anzusehen, und danach hat das erzbischöfliche Konsistorium in Warzau in vorliegendem Falle durchaus richtig geurteilt. Dr. Paech legt es der evangelischen Kirche zur Last, ein Gesetz über das sie sich vor Eingehung der Ehe hätte untersetzen müssen, übertragen zu haben. An dem Gesetz selbst dürfe niemand Anstoß nehmen, denn niemand habe das Recht, sich in innerkirchliche Angelegenheiten zu mischen. Jeder Evangelische, der eine Miscrede einzugehen gedenkt, müsse eben die Folgen seiner Handlung tragen. Klart und deutlich fordert dann Dr. Paech die Aufhebung der Standesämter im ehemals preußischen Gebiet und lehnt durchaus den Zusammenhang zwischen Zivilische und kirchlicher Ehe ab.

Dieser Artikel ist ein Aufruf zum Kampf. Die Evangelischen können es sich nicht gefallen lassen, daß in ihrer Kirche vorgenommene Amtshandlungen von katholischer Seite für null und nichtig angesehen werden; daher könnten diese Ausführungen nicht unbeantwortet bleiben. Geheimer Konsistorialrat Staemmler hat in demselben Blatte die evangelischen Auffassungen in der Frage der Geschleihung zwischen Angehörigen beider Konfessionen dargelegt. Er bedauert vor allem, daß die Kluft zwischen Katholiken und Protestanten, die man evangelischerseits so gern überbrücken möchte, aus diesem Anlaß vertieft wird. Natürlich fordert auch die evangelische Kirche die Miscreden nicht, aber sie hat immerhin in der katholischen Kirche vollzogenen Traut als vollgültig und bindend anerkannt. Die evangelische Kirche sieht die Ehe nicht als Sakrament an, sie ist ihr zwar heilig, hat aber nach ihrer Auffassung zwei Seiten, eine religiös-kirchliche und eine bürgerlich-sittliche, erkennt also dem Staat das Recht der Geschleihung und Auflösung zu. Wie auch Dr. Paech angibt, haben zeitweise die Auffassungen beider Konfessionen in dieser Frage übereingestimmt, die neue Kodifikation hat erst die veränderte Stellung ergeben.

Geheimer Staemmler wendet sich auch gegen die katholische Auffassung, daß der Staat sich in diese Angelegenheiten nicht mischen dürfe, da sie rein kirchlich seien. Swarz lehnt auch die evangelische Kirche jede Einmischung des Staates in innerkirchliche Angelegenheiten ab; in der Staatsverfassung ist dies auch ausdrücklich ausgeschlossen, aber dieser Fall ist keine kirchliche, sondern einfach eine bürgerlich-weltliche Angelegenheit und kann auch nur auf dem Wege der bürgerlichen Gesetzgebung entschieden werden. Die Evangelischen müssen also gegen solche Übergriffe der katholischen Kirche die Hilfe des Staates in Anspruch nehmen, und auch der Staat darf es sich nicht gefallen lassen, daß die Kirche ihr nicht gebührende Rechte für sich in Anspruch nimmt. Im Gegensatz zu Dr. Paech müssen die Evangelischen eine gerechte und liberale staatliche Ehegesetzgebung verlangen und hoffen, daß der Staat nicht die Hand dazu bietet, daß ein Teil seiner Bürger durch eine reinkirchliche Ehegesetzgebung entrichtet wird. Vor allem werden die evangelischen Abgeordneten mit Nachdruck für eine gerechte staatliche Ehegesetzgebung einzutreten haben.

Auch der Magistrat der Stadt Lodz hat, wie wir hören, in dieser Angelegenheit wiederholte Eingaben gegen die Missstände, die sich aus dieser Handhabung der Ehegerichtshand durch die katholische Kirche ergeben, an das Warzauer Staatsministerium gerichtet.

Die Regelung der Thronfolge in Ungarn.

Bien-Pest, 24. April. Zwischen der ungarischen Regierung und dem Führer der Legitimisten, dem Grafen Andrássy, soll es zu einem Kompromiß unter folgenden Bedingungen gekommen sein: Die Regierung Horthys verpflichtet sich, die diplomatische Lage für die Anerkennung Ottos, des Sohnes des verstorbenen Kaisers, als Königs von Ungarn vorzubereiten. Bis zur Volljährigkeit Ottos soll Horthy die Regentschaft übernehmen.

Studium und Unterricht.

Das Studium der Ausländer an deutschen Universitäten. Das Akademische Auskunftsamt an der Universität hat "Mittelungen für Ausländer", die an deutschen Hochschulen studieren wollen, herausgegeben, in denen das für den Ausländer notwendigerweise Wissenswerte zusammengefaßt ist. Es werden die Arten der Hochschulen, die in Deutschland übliche Einteilung des Studienjahrs beschrieben und der für die einzelnen Studien vorbehaltene Beginn angegeben. über die Aufnahmehemmungen, die im Deutschen Reich gelten, heißt es: "Ausländer werden an den deutschen Hochschulen zum Studium zugelassen, soweit die Verhältnisse der einzelnen Hochschule es gestatten und Deutschen im Heimatstaate des ausländischen Studierenden Gegenstelligkeit gewährt wird." Ferner ist in dem Aufnahmefuchs, daß der Ausländer an die Hochschule zu richten hat, an der das Studium beabsichtigt wird, Staatsangehörigkeit und Studienfach anzugeben. Außerdem sind dem Gesetz beizufügen: ein Lebenslauf, der den Bildungsgang darlegt; ein dem deutschen Reifezeugnis gleichwertiges Zeugnis im Original und erforderlichenfalls in beglaublicher Übersetzung, das im Heimatlande des Bewerbers zum Hochschulbesuch berechtigt; Aliangszeugnisse schon besuchter anderer Universitäten und Zeugnisse über schon erlangte akademische Grade; eine Bescheinigung, daß die zum Studium notwendigen Mittel vorhanden sind, und ein Nachweis über deutsche Sprachkenntnisse. Wer die deutsche Sprache nicht genügend beherrscht, kann höchstens als Gasthörer aufgenommen werden. — Das Hochschulstudium in Deutschland unterscheidet sich von dem in vielen anderen Ländern dadurch, daß es bestimmte vorgeschriebene Lehrgänge nicht gibt, ebenso wenig feste Jahresprüfungen mit Abschlußprüfungen und Versuchungen in einem höheren Kursus. Vielmehr besteht Studienfreiheit; jeder Student wählt aus dem Vorlesungsverzeichnis die Vorlesungen und Übungen aus, die seinen Bedürfnissen und Neigungen entsprechen. Ratschläge für die Einrichtung des Studiums enthalten die Studienpläne, die für gewisse Fächer aufgestellt sind.

Zum Abschluß des Studiums können an allen Hochschulen Prüfungen absolviert werden; mit Ausnahme der Staatsprüfungen, die zum Eintritt in Staatsstellen berechtigen, kommen diese Prüfungen (Doktorprüfungen, Diplomprüfungen, Fachprüfungen) für alle Studierende, auch für die Ausländer in Betracht. Für die Ausbildung in allerhand Fertigkeiten, Künsten und Gewerben bestehen in Deutschland in vielen Orten technische und andere Fachschulen, die von Ausländern, deren Vorbildung zur Aufnahme an Hochschulen nicht genügt, besucht werden können. — Maßstäbe in Studienangelegenheiten erteilen das Akademische Auskunftsamt an der Universität Berlin (C 2, Universitätsgebäude) und die Akademische Auskunftsstelle der Universität Leipzig (Schillerstraße 7). Angaben über Lebensverhältnisse in den deutschen Hochschulstädten enthält der "Hochschulführer", der vom Wohnungsamt der Deutschen Studentenschaft (Münster i. W. Universität) gegen Überweisung von 12 M. ins Ausland versandt wird.

Auslandsstudien an der Berliner Universität. Der Beirat für die Auslandsstudien an der Berliner Universität (Vorsitzender Professor Walter Voelz) richtet zwei Sprach- und Kulturstipendien ein, einen englisch-amerikanischen (Prof. Brandt) und einen spanisch-amerikanischen Prof. Wechsler. Über Sprache, Geschichte, Weltwirtschaft, Recht, Literatur und Kultur der betreffenden Gebiete wird hier gelesen. Das neue Institut für Auslands- und Wirtschaftsrecht (Prof. Ernst Hermann) kündigt Vorlesungen als Einführung in den Rechtszustand Englands (Hermann), über das moderne Recht des Islam (Prof. Nord), über Verfassungsrecht der romanischen Sprachen (Dr. Norden), über osteuropäisches öffentliches Recht (Dr. Saitzoff) und über russisches Privatrecht (Prof. Pustifer) an. Dazu kommen über ausländische Gegenstände die realistischen Vorlesungen und Übungen des Seminars für orientalische Sprachen.

Die süßslawischen Universitäten. Nach einem Gesetzentwurf über die Neugestaltung der süßslawischen Universitäten, der vom Unterrichtsministerium ausgearbeitet ist, werden in Süßslawien fünfzlig drei Universitäten bestehen, und zwar in Belgrad, Ljubljana und Laibach, von denen Belgrad und Ljubljana medizinische Fakultäten haben sollen. Die Studentenschaft der Laibacher Universität nahm kürzlich gegen diese Pläne der Regierung Stellung, da nach ihnen die seit zwei Jahren dort bestehende medizinische Fakultät aufgelassen und die technische verlegt werden soll.

Deutsches Reich.

** Deutsche Literatur für Norddeutschland. Die denischen-nationalen Abgeordneten Thomesen, Dr. Oberöhren und Schiele haben im Reichstag folgende kleine Anfrage eingereicht: Von Deutschen im abgerückten Gebiet Norddeutschlands wird lebhaft Klage darüber geführt, daß die Ausfuhr von Werken deutscher Literatur nach den früher deutschen Teilen Norddeutschlands durch die geltenden Ausfuhrbestimmungen erheblich erschwert, daß aufserdem durch den Valutausschlag den Deutschen Norddeutschlands die von ihnen lebhaft gewünschte Beschaffung deutscher Literatur beträchtlich verteuert wird. Sind der Reichsregierung diese Klagen bekannt? Ist sie bereit, die Ausfuhr von Werken deutscher Literatur zur Aufrechterhaltung der gelehrten Verbindung mit den Deutschen Norddeutschlands durch Milderung der bestehenden Bestimmungen zu fördern, zumal von dänischer Seite mit erheblichen Mitteln versucht wird, die bei Deutschen und verbliebenen Teile Schleswigs in dänisch-hauptsächlichem Sinne zu beeinflussen?

** Kapp's Erkrankung. Wegen einer Geschwulst hinter dem linken Auge bat sich Kapp im Städtischen Krankenhaus in Leipziger Operation unterziehen müssen. Der Prozeß gegen ihn erledigte einen noch nicht zu überschreitenden Ausschub.

Freistaat Danzig.

** Das Wohlfahrtswesen im Freistaat Danzig. Der Senat veröffentlicht den Haushaltspunkt des Wohlfahrtswesens für das Rechnungsjahr 1921. Er schließt im "Ordentlichen" in Einnahme mit 811 100 M. in Ausgabe mit 32 497 500 M. ab, erfordert also einen Aufschwung von 81 686 400 M. Gegenüber dem Vorjahr ist der Aufschwung um die bedeutende Summe von 29 253 940 M. gestiegen. Unter den Einnahmen erscheint als wichtigster Posten der Beitrag der Landarmenverwaltung für Pflegekostenbeiträge u. v. mit 790 000 M. Von den Ausgaben seien erwähnt: Erstattungen auf die von den Gemeinden zu zahlenden Gewerbesteuern-Unterstützungen 9 000 000 M., die soziale Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenfürsorge zur Durchführung der Aufgaben der Hauptfürsorge stelle 5 000 000 M., Rostandsmaßnahmen zur Unterstützung von Empfängern von Renten aus der Invaliden- und Angehörtenversicherung 5 000 000 M., Kosten der Wohlfahrtspflege des Landarmenverbandes 2 875 000 M., einmalige Ausgaben zur Unterstützung der Kleinkinder, Zahlung der Invaliden-Beschaffungsbeihilfe und für Zuwendungen an Beschaffungsbeihilfen an Veteranen aus den Kriegen bis 1870/71 zusammen 8 375 000 M. — Unter den Rubrik "Außerordentliches" erscheint in Einnahme ein Betrag von 10 000 000 M. für Erwerbs-

Losen fürsorge, dessen Deckung aus Anleihemitteln in Aussicht genommen ist. In Ausgabe ist der gleiche Betrag als Entstättung auf die von den Gemeinden zu zahlende Erwerbslosen-Unterstützung vorgesehen.

Aus dem Gerichtsraume.

1. Posen 24. April. Ein Prozeß gegen die "Prawda". Am Mittwoch stand vor der 1. Strafkammer des Posener Bezirksgerichts eine Berufungsverhandlung gegen den verantwortlichen Redakteur der "Prawda", Stephan Skorowodzki und seine beiden Kollegen Ciszak und Halas statt. Es handelt sich um einen Bandbeleidigung aufrüttelnden Artikel. Das erste Urteil hatte auf 2 Monate Gefängnis gelauet. Nachdem die Strafkammer dem Angeklagten einem längeren Verhör unterzogen und die Ausführungen der Beteiligten eingegangen waren, hob es das Urteil der ersten Instanz auf und verurteilte den verantwortlichen Redakteur Skorowodzki, Ciszak und Halas wegen Vergehens gegen den § 130 des Strafgesetzbuchs zu je 6 000 M. Geldstrafe und den Kosten des Verfahrens.

* Bromberg, 21. April. Über einen Breisprozeß berichtet die "Deutsche Rundschau" folgendes: Der Redakteur der Bromberger sozialdemokratischen "Volkszeitung", Bankrat, wurde am 19. April vom Amtsgericht in Bromberg zu vier Wochen Geängniß verurteilt. Der Staatsanwalt hatte acht Wochen beantragt. Die Anklage war dem Beklagten "Verächtlichmachung von Staatsinrichtungen" vor und stützte sich dabei auf einen Artikel in Nr. 44 der "Volkszeitung" vom 21. Oktober 1921. Darin kritisierte Bankrat das Projekt eines Ausnahme-Gesetzes, das kurz darauf selbst vom Sejm fallen gelassen wurde, und sprach dabei in einem Satz von dem ... eventuell bevorstehenden Schandgesetz". Der Staatsanwalt versuchte die Anklage durch einen weiteren Abschnitt des betr. Artikels zu erweitern, Bankrat wies in seiner Verteidigung darauf hin, daß ihm nur der eine Satz in der Anklageurtheit zur Last gelegt wurde und lehnte mithin die mögliche Erweiterung der Anklage ab, wobei er den Staatsanwalt darum aufmerksam machte, daß der betr. neu herbeigehende Abschnitt aus dem "Kurier Poznański" stamme, was auch im fraglichen Artikel der "Volkszeitung" genügend zum Ausdruck gekommen sei. Die Verantwortlichkeit für diese Stelle steht also jenem Blatte zu; er selbst habe sich außerdem die Meldung des "Kurier Poznański" in seinem eigenen Artikel in Zweck gezeigt. Zur Sache selbst äußerte sich Bankrat, daß die Anwendung des § 131 in seiner Hinsicht gerechtfertigt sei, da dieser Paragraph von einer Verächtlichmachung von bestehenden Staatsinrichtungen handelt. Seine Kritik habe sich dragegen auf ein bloßes Projekt bezogen. Und wenn er dieses Projekt ein ... eventuell vorstehendes Standesleben genannt habe, so habe ihm hierbei der Justizminister, die Komisja Prawnicza und der Sejm Recht gegeben, daß sie den Entwurf abgelehnt haben. Bankrat leute gegen das Urteil Vermurung ein.

Gleues vom Tage.

§ Die Hochwasser Katastrophe an der Odra. Aus Riga wird gemeldet: In einer Verkündung zur Organisation der Hilfsleistung für Dünaburg erklärt der Verkehrsminister, daß die Überwemungskatastrophe an Ausmaß und Folgen Schwere alles überstreift, was bisher berichtet worden ist. Besonders ist Gliwa mitgenommen, wo viele Menschen ertrunken sind. Die Einwohner Gliwas sind altgläubige Russen, Polen und Juden. Das Überwemungsgebiet von Dünaburg ist 40 Kilometer lang und ungefähr fünf Kilometer breit. Zusätzlich seien jede Nachrichten. Es scheint, daß dort die große Oderbrücke weggetragen worden ist. In Gajola und an anderen Stellen sind bisher 34 Leichen geborgen. Aus Dünaburg eintreffende Personen erzählen, daß 180 Dünaburger als verschollen gemeldet werden.

§ Die Tschechen in Dresden. Wie aus Dresden gemeldet wird, haben die Tschechen dort viele Grundstücke erworben. Seit Anfang 1920 sind etwa 400 Grundstücke, d. h. etwa 2½ v. d. aller Dresdener Grundstücke überhaupt, von Tschechen erworben worden.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Nukle der Posener Börse.

Offizielle Kurse: 22. April 21. April

4 proz. Prem. Staatsanl. (Milj. novia)	160
4% Pos. Pfandbr. Buchst. D u. E	245—250
Czilecki, Potocki i. Ska	250
Polski Bank Handlowy. Poznań	360
Pozn. Bank Niemiec I.—III. Em.	230
Bank zw. Spółek Zarab. I.—IX. Em.	240
Arena	320
R. Bartkowiak	185—190
Browar Królewski	550
H. Siegielski I.—VII. Em.	230
H. Siegielski VIII. Em.	190
Centrala Rolników	200
Centrala Stora	270—275
Dobienko	400
G. Hartwig	510
Harmig Kantorowicz	510
Hurtownia Gwiazdowa	145
Juno	330
Eubań. Fabr. przem. ziemna	1600—1610
Dr. Roman May	550
Orient	250
Patria	590
Pozn. Spółka Drzewna I.—III. Em.	1000
IV. Em.	810
Benzli	580
Waggon Ostrowo	225
Wytornia Chemiczna I.—II. Em.	230—235
III. Em.	185
Auszahlung Berlin 1470—1480—50—50. Umsatz: 2 170 000 dtch. M.	185—190

Offizielle jüdische Volksversammlung.

Dienstag, den 25. April, abends 8 Uhr im
Repräsentantenaal der jüd. Gemeinde, ul. Szewcza 10, II.

Vortrag: "Die Notwendigkeit eines
Referenten: Frau Rabbiner Dr. Freimann und
Frau Rabbiner Dr. Gottschall.

Freie Aussprache.

Alle jüd. Korporationen und Vereine, sowie alle
jüd. Einwohner Poznans, auch besond. jüd. Studenten
und Handelsangestellte sind hierzu eingeladen. (6573)

Jüdische Volksvereinigung.

Der Geschäftsbetrieb

der Firma

W. BLANCK

befindet sich jetzt

ul. Dąbrowskiego

(früher Gr. Berliner Str.) 38

und wird dort unter der Firma 16549

Blanck & Soinski

in bisheriger Weise weitergeführt.

Telephon: 3416.

Eine erste Möglichkeit

bietet sich noch allen, die ihren
Grundbesitz noch nicht ver-

äußertes Vermittelungsbüro hat stets
große Nachfrage nach

Gütern, Landwirtschaften
und sämtlichen Realitäten.

Erstklassige Objekte.

Weichen doran aufmerksam, daß stets kapitalkräftige Amerikaner an Hand sind, und daß wir uns bis jetzt Aufträge
ähnlicher Art zur größten Bezeichnung unserer gebrachten
Klienten entledigt haben. Günstige Reiseraten liegen vor.
Der Klang unserer Firma bringt nur Erfolg. — Mögliche
gewisse Objekte mit Inventar- und Preisangabe oder auch
persönliche Vorlesung erhalten an

16516

Agencja

M. Tomaszewski et Comp.

Poznań, Długa 13.

Achtung! — Achtung!

Wir suchen für gute zahlungsfähige Kredite (Amerikaner)

Güter jeder Größe, Landwirtschaften,
Sägewerke, Mühlen, Ziegeleien,
Hotels, Gasthäuser usw.

16550

Erstklassig suchen wir zu kaufen sämtliche landwirtschaftl.
Maschinen, Lokomobile, sowie Fabrikseinrich-

tungen, Motoren und alle and. Art. Maschinerie.

Außerdem haben wir viele Tauschgeschäfte nach Deutschland.

Meldungen ROLA "jawna spółka handlowa

unter Firma: "ROLA" (siedownie zapisana),

własc. Więciowski, Jaskiewicz,

Rawicz, ulica Paderewskiego 197. — Telephon 149.

Erstklassige Rittergutspachtung
in Mitteldeutschland

Land 1000 Hufen weizenbaufähig, modernste landwirtschaftl.
Maschinen, 22 Pferde, 9 Fohlen, 70 Stück Rindvieh,
200 Schafe, Schweine. Sonneheide Gedrude. Gut übernahme
ist ca. 3 Millionen notwendig. Offerten unter T. B. 6579

an die Geschäftsstelle d. Bl.

Aus meiner Herkunftsschächerde gebe

9 erstklassige Zuchtböde,
1½ Jahre alt.

100 Musterschafe, —
noch zur Zucht geeignet.

30 Mutter-
und 100 Hammellämmer
einzel oder im ganzen ab.

16506

R. Koeppe, Dom. Venice,
wojew. Wieliczka, powiat Krzysztof.

6512. Autschwagen,
jogen. Bülowwagen, gebraucht, so gut wie neu.
tadellos neuer Bezug und
auf der Kauf E. Lujash - Dobbertin in Dobrzyniewo,
powiat Byczyna. 16563

Zeitung-Bestellzettel i. Postabonnement.

Unterzeichnete bestellt hiermit

1 Posener Tageblatt (Posener Warte)
für die Monate Mai-Juni 1922

durch die Post zum Preise von M. 275.— monatlich
zugleich Bestellgebühr.

Name _____ Wohnort _____

Strasse _____

Ihre am 20. April 1922 erfolgte Eheschließung
geben hierdurch ergebenst bekannt

Paul Brandau und Frau

Ida, geb. Freiberger

Słaboszewko, p. Dąbrowa, Kreis Mogilno

Personen-Auto „Adler“

4-Zylinder, 6/12 PS., 4 Zylinder betriebsbereit, mit 6 Be-
setzungen zu verkaufen. Angebote sind unter P. S. 6535
an die Geschäftsstelle dieses Blattes zu richten.

Stahlwalzen-Schrotmühle

für Kraftbetrieb zu kaufen gesucht.

Verkaufe Schrotmühle für Sägemotore. Leistung: 6 Dampftaler pro Stunde.

B. Rauhadt, Raczanowo,

v. Wrzesnia.

Danziger Privat-Actien-Bank.

Aktiva.

Bilanz am 31. Dezember 1921 einschließlich der Zweiganstalten.

Passiva.

	M	%		M	%
Nicht eingezahltes Aktienkapital	—	—	Aktienkapital	50 000 000	—
Kasse, fremde Geldsorten, Kupons und Guthaben bei Noten- und Abrechnungsbanken	14 256 614	66	Reserven:		
Wechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen:			Reservefonds I M. 17 900 000,—	19 500 000	—
a) Wechsel (mit Ausschluß von b, c und d) und unverzinsl. Schatzanweis. d. Reichs und d. Bundesstaaten	M. 228 811 510,29	—	Reservefonds II , 1 600 000,—	160 000	—
b) Eigene Akzepte	228 868 667	26	Rücklage für Talonsteuer		
c) Eigene Ziehungen	52 960 100	67	Kreditoren:		
d) Solawechsel der Kunden an die Order der Bank	35 283 861	79	a) Nostroverpflichtungen M. 168 000,—		
Nostroguthaben bei Banken und Bankfirmen Reports und Lombards gegen börsengängige Wertpapiere	18 968 970	65	b) seitens der Kundenschaft bei Dritten benutzte Kredite		
Vorschüsse auf Waren und Warenschiffungen davon am Bilanztag gedeckt:			c) Guthaben deutscher Banken und Bankfirmen 9 700 015,95		
a) durch Waren, Fracht- und Lagerscheine M. 13 958 970,05	3 095 476	45	d) Einlagen auf provisionsfreier Rechnung:		
b) durch andere Sicherheiten	1 002 972	55	1. innerhalb 7 Tagen fällig M. 18 195 557,—		
Eigene Wertpapiere:			2. darüber hinaus bis zu 3 Monaten fällig 6 085 627,48		
a) Anleihen und verzinsliche Schatzanweisungen des Reichs und der Bundesstaaten M. 1 568 637,15	1 255 000	—	3. nach 3 Monaten fällig 16 554 665,85 40 835 860,11		
b) Sonstige bei der Reichsbank und anderen Zentralnotenbanken beliehbare Wertpapiere	37 908,78	—	c) sonstige Kreditoren:		
c) Sonstige börsengängige Wertpapiere	40 277,—	—	1. innerhalb 7 Tagen fällig M. 314 437 185,75		
d) Sonstige Wertpapiere M. 1 663 653,52	1 134 442 814	96	2. darüber hinaus bis zu 3 Monaten fällig 6 035 787,75		
Konsortialbeteiligungen			3. nach 3 Monaten fällig 16 595 341,42 „ 387 058 314,90 387 762 180	36	
Dauernde Beteiligungen bei anderen Banken und Bankfirmen	1 255 000	—	Aval- und Bürgschaftsverpflichtungen M. 10 788 274,70		
Debitoren in laufender Rechnung:			Eigene Ziehungen überhaupt: M. 557 176,97		
a) gedeckte M. 80 297 306,34	113 442 814	96	Davon für Rechnung Dritter M. —		
b) ungedeckte M. 33 145 508,22	1 230 000	—	Weitergegebene Solawechsel der Kunden an die Order der Bank M. —		
außerdem:			Noch nicht erhobene Dividende pro 1917 112	36	
Aval- und Bürgschaftsdebitor M. 10 788 274,70			Noch nicht erhobene Dividende pro 1918 2 212	50	
Bankgebäude (Danzig, Danzig-Langfuhr, Dirschau, Graudenz, Marienburg, Stolp)			Noch nicht erhobene Dividende pro 1919 3 290	—	
Inventar und Stahlkammern	26	—	Noch nicht erhobene Dividende pro 1920 38 550	—	
	465 344 522	99	Reingewinn 7 589 610 98		
	17 804 112	35			

Gewinn- und Verlust-Konto per 31. Dezember 1921.

	M	%		M	%
Gewinn-Ueberschuss aus dem Jahre 1920	73 214	86	Zinsen:		
auf Wechsel, laufende Rechnung usw. (abzüglich Depositenzinsen)	8 105 404	22	Provisionen		
Erträge auf Effekten	5 924 526	62	Gewinn aus Beteiligungen		
	2 813 589	46			
	887 377	10			
	17 804 112	35			

Die Dividende pro 1921 von 12½% auf M. 30 000 000, gelangt vom 21. April d. J. ab an unseren Kassen in Danzig, Danzig-Langfuhr, Danzig-Neufahrwasser, Elbing, Köslin, Lauenburg i. P., Marienburg, Stolp i. P. und Zoppot und in Berlin bei der Berliner Handels-Gesellschaft, der Deutschen Bank und der Direction der Dieconto-Gesellschaft zur Auszahlung.

Danzig, den 30. April 1922.

Danziger Privat-Actien-Bank.

Mark. Drewitz.

Dienstag, den 25. April 1922:

Frische

Frische Wellwurst und Wellfleisch.

Jeden Donnerstag: Eisbeine im beliebten Gute

Gleichzeitig empfehlen wir den beliebten

Original Kobylepoler

Der Sturz der deutschen Matri.

Berlin, 24. April. In seiner Rede im Wirtschaftsausschuss der Genaua-Konferenz sagte Reichswirtschaftsminister Schmidt unter anderem: „Wir stehen in Deutschland unter dem Eindruck einer Preisswelle, die die innerpolitische Autorität des Staates bedroht. Für Deutschland bedeutet es eine Gefahr, wenn das Volk seine Lebenshaltung von einem unerträglichen Druck bedroht fühlt. Jedes weitere Sinken der Mark in Deutschland beantwortet den Inlandsmarkt sofort mit einer Warenpreiserhöhung. Deshalb steht das Währungsproblem an erster Stelle, und seine Lösung entscheidet über den Erfolg aller rein wirtschaftspolitischen Maßnahmen. Demnach können wir Maßnahmen, die wenigstens vorübergehend willkürlich eingesetzt werden, nicht anstreben. Die hochalutari-

veranschlagt die Tagespension für ein mittleres Zimmer auf mindestens 85 Mark. Für das Riesen- und Isergebirge hat der Verband der deutschen Fremdenheimbesitzer in seiner letzten Tagung beschlossen, die Pensionspreise auf 90, 120 bis 170 Mark festzulegen. Den Mindesttarif von 90 Mark auch in den beschränkten Pensionen hält der Verband unter allen Umständen für erforderlich, um die Laienkosten zu decken. Interessant ist, daß die gleichzeitig tagende Sitzung der Gastwirtschaftvereine im Riesengebirge für etwas billigere Preise entschlossen hat: Tagespreise für Hotels erster Klasse 130 Mark, Hotels zweiter Klasse 85 Mark, Hotels dritter Klasse 57 Mark. Als Beispiel für österreichische Preise sei Salzburg angeführt. Dort ist mit einem Zimmerspreize von etwa 6000 Kronen für den Tag und das Bett zu rechnen. Die Kurrtage beträgt 2000 Kronen für die ganze Saison, 500 Kronen für die Woche und 100 Kronen für den Tag.

Neihe von Gewalttätigkeiten und Attentaten besonders der letzten Zeit, und da wir nicht den Trieben des Herzens folgen wollen, ehe nicht alle Rechtsmittel erschöpft sind, andererseits um jeden Preis entschlossen, unsere Brüder zu verteidigen und ihnen Hilfe und Erleichterung in der Knechtshaft zu bringen, appellieren die am 21. April in der Zahl von vielen Tausenden im Zoologischen Garten in Posen Versammelten an die polnische Regierung, daß sie mit größter Beschleunigung Schritte bei den Regierungen der Alliierten einleite, die dem Treiben der Banditenelemente ein Ende machen, und alle Mittel anwenden, endlich die Kette der Leiden unserer Stammesbrüder und Schwestern zu brechen." Die Entschließung wurde einstimmig angenommen. Nach Absingung der "Nota" und zahlreichen Hochrufen auf die oberschlesischen Brüder und Korfanty gingen die Versammelten ruhig auseinander.

Krankentransporte auf Eisenbahnen. Das Eisenbahnministerium hat eine Verordnung über den Transport kranker Personen auf den Eisenbahnen erlassen. Im Sinne dieser Verordnung muß bei der Bestellung besonderer Abteile oder Wagen für erkrankte Personen die Bescheinigung eines staatlich anerkannten Arztes vorliegen werden. Diese Bescheinigung muß die Art der Krankheit enthalten und eine Erklärung darüber, ob die Krankheit ansteckend ist oder nicht. Wenn die Krankheit eine ansteckende ist, muß der Besteller des Abteils oder Wagens neben den Gebühren für den Transport eine besondere Gebühr für die Desinfizierung des Wagens entrichten. Im Hinblick auf die verschiedenen Arten dieser Desinfizierung und abhängig von der Art der Krankheit wird diese Summe von dem betreffenden Eisenbahnarzt, beziehungsweise vom Oberarzt der Eisenbahndirektion festgesetzt.

Die Osterferien gehen mit dem heutigen Montag zu Ende; morgen, Dienstag, früh 8 Uhr wird der Unterricht in allen Schulen, auch in denen, die bisher erst um 9 Uhr begannen, der Unterricht wieder aufgenommen. Damit beginnt das letzte Tertial, das zwar kürzeste, aber bedeutungsvollste, da an dessen Schluß Ende Juni die Jahresversetzung stehen.

Die Bestattung des Dr. Stęczyński

Kattowitz, 24. April. Die Bestattung des Dr. Stachurski fand unter großer Teilnahme der polnischen Bevölkerung der ganzen Gegend am Sonnabend in Gleiwitz statt. Alle polnischen Organisationen übersandten prächtige Kränze. An den Bestattungsfeierlichkeiten nahm der nationale Volksrat, der „Sofol“, die polnischen Jugendorganisationen und die Kapelle der Bergarbeiter teil. Die Bergarbeiter trugen ihre Uniformen. Nach dem Gottesdienst in der Allerheiligenglocke hielt der Geistliche Robot die Leichenrede. Ein Orchester spielte die „Roten Monowitza“, die von den Anwesenden mitgesungen wurde. Die Stadtverordnetenversammlung von Gleiwitz nahm an der Beerdigung nicht teil, da der Verehrte Dr. Stachurski selbst ihre Anwesenheit bei seiner Beerdigung nicht gewünscht hatte.

Ein Demonstrationsstreik der polnischen Eisenbahner

Kattowitz, 24. April. Als Protest gegen die Ermordung d.
Dr. Szyzowski veranalteten die polnischen Eisenbahner einen D-
monstrationsstreik. Am Sonnabend zwischen 11 und 12 Uhr vo-
mittags stand der Eisenbahnverkehr auf der Station Kattowitz u-
den Nebenstationen vollkommen still.

Lokal- u. Provinzialzeitung

Posen, den 24. April.
**Auslandsporto im Briefverkehr zwischen Westpolen
und Deutschland.**
Die polnische Postverwaltung hat mitgeteilt, da-

Die polnische Postverwaltung hat mitgeteilt, daß sie die frühere vorläufige Vereinbarung, nach der Briefsendungen aus Deutschland nach Westpolen (den an Polen abgetretenen deutschen Gebieten) als genügend freigemacht angesehen wurden, wenn sie nach innerdeutschen Säcken freigemacht waren nicht länger als bis zum 20. April d. J. gelten lassen können. Vom 21. April an müssen daher, wie wir schon kurz erwähnt haben, alle aus Deutschland nach Westpolen gerichteten Briefsendungen nach den Weltpostvereins-säcken das heißt wie Sendungen nach dem sonstigen Ausland, freigemacht werden.

Dieselben Sähe werden für Brieffsendungen aus Westpolen nach Deutschland zur Anwendung kommen. Päckchen sowie Drucksachenlarten gegen besonders ermäßigte Gebühr sind von diesem Tage an nach Westpolen nicht mehr zugelassen. Für Ansichtskarten gelten die Vorschriften des Weltpostvereins. Es wird dringend geraten, Sendungen nach Westpolen richtig nach den Weltpostvereins-sähen freizumachen, weil sonst die Empfänger hohe Nachgebühren zu zahlen haben.

Dr. Freimann eine kurze Ansprache. Die Leitung der Küche war Herrn Ascher übertragen, der für mustergültige Ordnung sorgte. Da auch das Essen vorzüglich war, wird sich jeder Teilnehmer an die schönen Tage mit Freuden erinnern. Dem Vernehmen nach soll die Küche als dauernde Einrichtung in kurzer Zeit wieder eröffnet werden.

Wieder die Kries-Noten. Im Anschluß an die deutsch-polnische Einigung in der Liquidationsfrage sind an der Berliner Börse Gerüchte aufgetaucht, daß sich das Deutsche Reich nachträglich zur Einlösung der Kries-Noten bereit erklären könnte. Diese Annahme dürfte, wie die „D. R. R.“ schreiben, insofern nicht zutreffen, nachdem im Frühjahr 1921 die Klage gegen das Reich auf Einlösung der Kries-Noten vom Kammergericht abgewiesen worden und die gegen diese Entscheidung eingelegte Berufung vom Reichsgericht im November 1921 als unbegründet zurückgewiesen worden ist. Die Kries-Noten tragen zwar in polnischer Sprache den Vermerk: „Die

Lokal- u. Provinzialzeitung

Posen, den 24. April.
**Auslandsporto im Briefverkehr zwischen Westpolen
und Deutschland.**
Die polnische Postverwaltung hat mitgeteilt, da-

Lokal- u. Provinzialzeitung

Posen, den 24. April.
**Auslandsporto im Briefverkehr zwischen Westpolen
und Deutschland.**
Die polnische Postverwaltung hat mitgeteilt, da-

Die polnische Postverwaltung hat mitgeteilt, daß sie die frühere vorläufige Vereinbarung, nach der Briefsendungen aus Deutschland nach Westpolen (den an Polen abgetretenen deutschen Gebieten) als genügend freigemacht angesehen wurden, wenn sie nach innerdeutschen Säcken freigemacht waren nicht länger als bis zum 20. April d. J. gelten lassen können. Vom 21. April an müssen daher, wie wir schon kurz erwähnt haben, alle aus Deutschland nach Westpolen gerichteten Briefsendungen nach den Weltpostvereins-säcken das heißt wie Sendungen nach dem sonstigen Ausland, freigemacht werden.

Dieselben Sähe werden für Brieffsendungen aus Westpolen nach Deutschland zur Anwendung kommen. Päckchen sowie Drucksachenlarten gegen besonders ermäßigte Gebühr sind von diesem Tage an nach Westpolen nicht mehr zugelassen. Für Ansichtskarten gelten die Vorschriften des Weltpostvereins. Es wird dringend geraten, Sendungen nach Westpolen richtig nach den Weltpostvereins-sähen freizumachen, weil sonst die Empfänger hohe Nachgebühren zu zahlen haben.

Vor der Aufhebung der Zollermäßigung

In Regierungskreisen sind Gerüchte im Umlauf, daß die kurzem eingeführten Bollermaßigungen wieder aufgehoben werden sollen, da sie nicht den erwarteten Erfolg gehabt haben. Trotz der ermäßigten Bölle sei die Teuerung nicht nur nicht behoben worden, sondern sogar gestiegen. Das ist durchaus zutreffend, ob aber die Teuerung ohne die Bollermaßigungen nicht noch mehr gestiegen wäre, ist eine andere wichtige Frage, deren Beantwortung nicht so ganz einfach ist.

Der Saatenstand in Posen-Pommerelement

Ende März dieses Jahres waren nach einer Zusammenstellung des Statistischen Hauptamtes vom allgemeinen Saatenstand des früher preußischen Gebiets bestimmte Bruchteile durch Witterungseinflüsse vernichtet worden und mußten umgepflügt werden. In Prozenten ausgedrückt, die an dem Gesamtkomplex des Teilgebietes zu messen sind, betragen die Einbußen: bei Winterweizen 3, Winterroggen 0,7, Wintergerste 4,3, Raps 14,6, Klee 28,2 Prozen.

— Der Stand der unbeschädigt gebliebenen Saaten in Grad ausgedrückt, stellt sich so dar: Winterweizen 3,0, Winterroggen 3, Wintergerste 3,1, Winterraps 2,8, Klee 2,1 (4 bedeutet hier — g 2 — mittel 2 — mäkig 1 — schlecht).

~~ng~~
~~es~~ 8. Märtcher 20. April Durch Unzufriedenheit beim

* Krotschen, 20. April. Durch Unvorrichtigkeit bei
Bigarettenrauchen dreier Burschen im Alter von 16 und
17 Jahren entstand am ersten Osterfeiertag nachmittag im Krotschener
Forst ein Waldbrand. Die Burschen versuchten das Feuer mit
Launenzweigen zu löschen, aber durch das Schlagen wurde es noch mehr
angefacht, zumal der Wind scharf blies. Der Sohn des Buchhändlers
R. Elias, der in der Nähe zufälligerweise photographische Aufnahmen
machte, schickte sofort seinen jüngeren Bruder mit dem Rade, um die Feuer-
wehr zu alarmieren. Als diese erschien, hatte der Brand bereits zwei
Morgen ergriffen. Durch Abgraben und Spritzen konnte das Feuer in
einer Stunde bewältigt werden. — Am zweiten Osterfeiertag wurden in
der hiesigen evangelischen Kirche 24 Kinder konfirmiert, und
es war von solchen Eltern, die anwandern, während der Rest der Kinder

* Görchen, 20. April. Am 1. Osterfeiertage feierten hier die hochbetagten Eheleute Schuhmachermeister Gustav Wandelt und Frau Pauline geb. Bartsch die goldene Hochzeit. Die bestehenden Grenzschwierigkeiten hatten zur Folge, daß die in Deutschland lebenden Kinder der Eltern nicht durch ihre Anwesenheit den Ehrentag verschönern konnten. Da Wandelt früher dem evangelischen Kirchenvorstand angehört, ersfreuten ihn die Görchener Vorstandsmitglieder durch ihren gemeinschaftlichen Gratulationsbesuch.

* Bromberg, 18. April. Die am 16. Januar verhängte und am 16. April abgelaufene Hundesperrre ist auf weitere drei Monate verlängert worden, da ein neuer Fall von Tollwut festgestellt wurde. — Am Sonnabend um $\frac{1}{2}$ 10 Uhr abends brach in Oplamish bei dem Besitzer Niemiarowski Feuer aus, denn das Wohnhaus mit fast dem ganzen toten Inventar zum Opfer fiel. Der Schaden beläuft sich auf $1\frac{1}{2}$ Millionen Mark. Die Entstehungsursache ist noch unbekannt. — Am 11. April wurde die 12jährige Frieda O., die einzige Tochter des Besitzers Albert O. aus Schulitz, von einem Manne auf dem Wege Schulitz—Großschönau angefallen, mit einem Messer am Kopfe schwer verwundet und schließlich an ihr ein schweres Verbrechen verübt. An ihrem Aufkommen wird gezweifelt. Nach mühevollen Untersuchungen ist es der Kreiskriminalpolizei jetzt gelungen, den Täter in der Person des Reinhold Enßlich zu ermitteln. Er hat eines gleichen Verbrechens wegen bereits eine Strafe von elf Jahren Gefängnis verbüßt.

* Thorn. 23. April. Der zum Stadtratspräsidenten gewählte Richter Michalek ist von seinem Richteramt entbunden worden, um den neuen Posten antreten zu können.

* Thorn, 19. April. Die Polizei nahm eine gewisse P., eine etwa 20jährige Arbeiterin der Buchdruckerei des „*Slowo Pomorskie*“, fest die seit einiger Zeit fortgesetzt Blei geschnohlen hat, das für die Linotype-Maschine gebraucht wird. Der Schaden ist nicht unbeträchtlich.

* Klimsee, 21. April. Eine Abordnung, die sich aus einem Magistratsassessor und zwei Schachtmästern zusammensetzte, war von hier nach Warschau gereist, um über Arbeitsmöglichkeiten für die zahlreichen Beschäftigungslosen zu beraten. Es wurde erreicht, daß 400 000 M. Unterstützungen zur Verteilung kommen und dazu 120 Rentner Getreide. Ferner erhalten die Erwerbslosen Grüße und Bohnen zu billigen Preisen. Weiß soll unentgeltlich zur Ausgabe gelangen. Der Wojewode hat weitere Unterstützungen bereitzustellen. 200 Arbeitslose werden bei den Siedlungsbauteien in Bielawa Verwendung finden. — Die Stadtverordnetenversammlung bewilligt einen Vorjusch von ½ Millionen Mark zur Anangriffnahme von Notstandsarbeiten, für die das Posener Ministerium 5 Millionen bewilligt hat. — Das Programm wird zu einer Böllanstalt ausgebaut werden.

Aus Oberschlesien.

* Tilsit, 22. April. Bei Tilsit spielten am Dienstag Kinder im Alter von 11 bis 15 Jahren aus Schillgallen L. auf dem Exerzierplatz bei Wehrnothen. Sie sammelten dort Sprengsätze, die noch aus der Kriegszeit dort vereinzelt zurückgeblieben waren. Dabei fiel auch eine Minengranate in ihre Hände. Trotz Warnung der verständigeren Knaben schlug ein leichtfertiger Junge mit einem Stock auf die Granate, die dadurch zur Explosion gebracht wurde und drei Knaben sofort tötete und einen vierjährigen leicht verletzte. Von den Getöteten sind zwei die Söhne des Fleischers Schmidt aus Schillgallen L., ein dritter Sohn des Einwohners Hoher aus Schillgallen L.

Zabrischornsteine
dau als 30 jähr. Spezialität
Carl Jurk, Poznań W3,
Kanalstraße 17.
Einmauerung Dampfkesseln

Lausche meine Landwirtschaft,
in Ostpreußen gelegen,
gegen eine solche in Polen. 100
Morgen groß, Weizenbohlen,
drainiert, 7 Pferde, 12 Rinder,
8 Schafe, 6 Schweine, Mo-
garten, 8 Morgen Wiese mit
Torf, massive Gebäude.

Franz Biernath
in Radzin. (6572)
Bahnst. Widmine, Kr. Löben.

Auktion u. Verkäufe

Kause ein Gut
mit Wald
für 80—90 Mill. M. off. int.
6576 a. d. Geschäftsst. dies. Bl.

Pianino u. Geldschrank
zu kaufen gesucht. Offeren
n. 6521 an die Geschäfts-
stelle dieses Blattes.

Alle Mahagonimöbel
zu kaufen gesucht. Offeren
unter 6520 an die Geschäfts-
stelle dieses Blattes.

Brennabor - Sportwagen
möglichst weiß u. mit Verdeck,
zu kaufen gesucht. Angeb. mit
Preisforderungen zu senden an
Frau v. Becker, Grusziele p. Bronow.

Gut!
Gut 60 Morgen, Weizen-
bohlen, bei Liegnitz, sofort zu
verkaufen. Anzahl. 350 Villen.
Doering, Liegniz,
Plattenstr. 9. Rück. erbeten.

Deutsch. Dogge

(Schwarzfigur), 2½ Jahre alt,
hart gebaut, guter Hunde-
hund, für den Preis von
4000 M. zu verkaufen. Ludw.
Behinger, Neichenhart
12, Post Raumling bei Rosen-
heim (Oberbayern). (6578)

Original-
Buttermühsamen
„Substantia“



Was harte rote Rübe, glänzend bewährt bei der Kast. u.
zur Trocknung. Seit 20 Jahren
bestens eingeführt. Gute Ernte-
zeugebrüche vorzüglich. Haltbar-
keit. Einzig Originalzuckerrübe
Posens. 100 Pfund M.
14000.— 10—15 à M. 160.—

Bleeler - Kohlsaat,
Wielka Studnia, Borkroda

In meinem Heim finden Schüler und
Schülerinnen der deutschen
höheren Privatschule gute Aufnahme und sach-
gemäße Unterstützung bei den
Schularbeiten. 1600

Gertrud Langenmayr, Rogoźno (Rogasen).

Rittergüter Güter

für Kapitalkräftige Reflektanten sofort
zu kaufen gesucht. Hand welche
bis 500 Mill. verfügen. Ges. Angeb. an
M. Wegner, „Kultura“,
Poznań, ulica Półwiejska 31. — Telephon 1811.
Rück. gerichtlich eingetragen.

Zu verkaufen:

Häuselwerk mit Jouragehandlung,
gute Gebäude, Umzug 300 000 Mark pro Monat. Preis
50 000 Mark; erforderlich 250 000 Mark.

Gashof und Kolonialwarengeschäft,
10 Morgen Land großer Saal, Garten, gute Gebäude.
Preis 450 000 Mark Anzahlung 200 000 Mark.

Grundstück mit Kolonialwaren- und
Zigarren Geschäft, 3 Stock hoch, 14 Fenster,
Front Laden, 2 Schau-
fenster, gutes Geschäft. Preis 280 000 Mark. Anzahlung
150 000 Mark. Alles nähere durch

Adelt, Fürstenwalde bei Berlin,
Kirchhofstraße 8 b, 2 Treppen.

Marinieranstalt, Delikatesse-
und Käsegroßhandlung,
Export, Import, modern eingerichtet mit Grundstück
im Stadt Mitteldeutschlands bei An-
zahlung von 300 000 Mark zu verkaufen.

Offeren unter B. C. 6580 an die Geschäftsstelle dies. Bl. erb.

Fensterglas!
Garten-Ornament, Holz- u. Drahtglas,
Fensterkitt, Glaserdiamanten

liefer jedes Quantum 5688
Benkel & Brose, Spiegelfabrik und Glashandlung
Poznań, Gobla 7. Tel. 2708.

Ziegel, Dachsteine, Kalk, Gips,
Pappe, sowie alle anderen Ban-
materialien zu den niedrigsten Preisen
liefer 6544
Auchowicz, Wągrowiec, Teleph. 74.

Untauf

alter Uhren u. Goldsachen.
Georg Briezel,
Swarzędz, Dworcowa 6.

Wohnungen

Ein Herr, im Besitz eigener
Vesten sucht zum 1. 5. 1922
möbl. Zimmer. Unt. 6578
an die Geschäftsstelle dies. Bl.

Möbliertes Zimmer
zu vermieten. Angeb. unter
6594 a. d. Gesch. d. Bl.

* Aus Opferschen 23. April. Über zwei Frauenmorde wird berichtet: Seit einigen Tagen war die Ehefrau des Arbeiters Dann in Hause wohne bei Gelegenheit verschwunden. Bei einer Streife durch den Wald wurde die Frau in einem Gräbergruß tot aufgefunden. Ihr eigener Mann, in die Enge gezwungen bequemte sich zu dem Geständnis, daß er seine Frau im Walde erwürgt und im Gräbergruß verdeckt habe. Dann ist etwa vierzig Jahre alt und war einige Zeit ohne Arbeit. — Von ihrem Mann ermordet wurde seiner die Frau des Käfers Michael Minack aus Wodzien bei Breslau. Der Käfer Michael schlugte ein Schwein und war davon beim Schlachten getroffen. Nach dem Schweinschlachten verlangte er von seiner Frau Geld um ins Gastraum zu gehen. Als sich seine Frau weigerte, erschlug er sie mit dem Schachtel.

* Lubau, 19. April. In Brandenburg wurde dem 11-jährigen Otto Hermann von dem 16-jährigen Eduard Klein mit einem sogenannten „Fliehbojen“ ins linke Auge geschossen. Obwohl der Knabe sofort operiert wurde, war das Auge bereits ausgelaufen.

* Königsberg, 21. April. Am Ostermontag vormittag ereignete sich an der Eisenbahnbrücke ein folgenschwerer Unfall. Der Stettiner Dampfer „Ursula“, 561 Netto-Neg.-Tons, der beladen von See eingelaufen war, stieß beim Anlegen vor der Brücke infolge eines falsch ausgeführten Maschinendammandos mit voller Wucht gegen den drehbaren Teil der Brücke und verschob ihn etwa 30 Meter aus seinen Lagern stromauf. Die westliche Fußgängerbrücke wurde zum Teil zertrümmt. Trotz der sofort in Angriff genommenen Arbeiten seitens der Bahnverwaltung gelang es bis zum Abend nicht, die Brücke wenigstens für den Fußgängerverkehr freizumachen. Der Bahnverkehr über den Pregel

müsste bis auf weiteres eingestellt werden, da sich die Instandsetzungsarbeiten sehr umfangreich und zeitraubend gestalten dürften. Der Schaden erscheint sehr beträchtlich.

Briefkasten der Schriftleitung.

(Ankünfte werden unserem Verein gegen Einlieferung der Bezugsermittlung unentgeltlich, aber ohne Gewähr reicht. Briefliche Ankunft erfolgt nur ausnahmsweise und wenn im Brief an das Schriftleitungskontor mit vermerkt besteht.)

W. W. Wenn der Vertrag nicht ausdrücklich eine andere Bestimmung enthält, dauert die Verpachtung auch nach dem Verkauf weiter fort.

G. R. in L. Nach den Ausführungsbestimmungen dürfen Sie diese Gezeitenstände, selbst wenn sie Ihr Handwerkzeug bilden, nicht mitnehmen.

M. B. L. Das Gehalt einer staatlich geprüften Hauslehrerin ist an keiner Stelle gebunden sondern unterliegt freier Vereinbarung. Wir würden unter den gegenwärtigen Verhältnissen ein Monatsgehalt von 20 000 M. bei jeder Station für angemessen erachten.

Geschäftliche Mitteilungen.

— Um heutigen Anzeigenzeitung finden unsere Leser eine Anzeige des Bromberger Announceurens „Egref“ über Abwanderung nach Brasilien, auf die besonders hin weisen sei.

Beran. vorzüglich für Bot. Haare, Kunst und Wissenschaft; i. B. Theodore Kania; für Foto- und Broschüralzeitung; Rudolf Herder'scher Verlag für den Anzeigenzeitung; M. Grunmann Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A. lärmlich in Bonn

Gesucht wird zum 1. Juni zur selbständigen Be-
wirtschaftung eines kleinen Gutes ein polnisch sprech-
verheirateter

Wirtschaftsbeamter

mitleren Alters.

M. Bittner, Bok.

Jüng. engl. Diener

auf Rittergut zum 1. Juli et. gesucht; möglichst der poln. Sprache mächtig.

Meldungen unter 6588 an die Geschäftsstelle dieses

Blattes erbauen.

Einige Zeitungsaussträger

für die Innenaudi (Frauen, ältere Kinder) werden möglichst eingestellt.

16490 Posener Buchdruckerei, ul. Zwierzyniecka 6.

Guts-Sekretärin

für größere landwirtschaftl. Betriebe in Posens zum
1. 7. 1922 gesucht, bei vollem Familienanschluß.
Bessere ältere Damen mit voller Kenntnis der poln. und deutschen Sprache in Wort und Schrift und desgl. Schreibmaschine werden bei genauerer Darlegung ihrer Familienvorhängen gebeten einzutragen Zeugnisabschriften, Lebenslauf (in deutscher und poln. Sprache), Photographie sowie Gehaltsforderungen unter G. R. 6587 an die Geschäftsstelle d. Bl.

1 perfekte Rödin

welche die rituelle und die gute Krankenpflege verneht und schon in großen Betrieben tätig war wird per sofort gesucht. Angebote an das Südliche Krankenhaus Po-
znan, Waly Wasow 4/5. (6588)

Gesucht für sofort erfahrene Kinderpflegerin

zu einem 2 jährigen Kind und einem Säugling. Beugnisse, Gehaltsansprüche und Photographie einzureichen an

Rentamt Jarocin.

Zahntechniker

3 Jahre gelernt, Zahnschuh u. kleine Metallarbeiten fürm. nicht Stellung zu weiteren Ausbildung bei bescheid. Anspruch.

Leo Skrobacz, Wolsztyn.

Stütze

jede Stellung, 22 Jahre, eb., größeres Gut, wo Ausbildung in Geflügelzucht, Milch-
wirtschaft mögl. eingeb. mit Gehaltsanzeige unter P. 6593 an die Gesch. d. Bl.

Pharmazie-Magister,

poln. Staatsbürger, der deutschen und polnischen Sprache in Wort und Schrift vollkommen mächtig, mit besten Referenzen sucht Dauerposten in einer Apotheke

Gefällige Zucriisten erbauen c. Herrn L. Grochmann, Wagstadt, Schlesien T. S. R. (6582)

Selbständ. Gutsverwalter,

45 J. Reiterpostz., evgl., ohne Kinder weicher die poln. Sprache in Wort u. Schrift beherrscht, geborener Posener und für Polen ostwirt gezwungen noch im deut. Gebiet sucht administrative oder entsprechende Stellung zum 1. Juli d. R. im ehem. Kreis. Leitz bei Cris. Großherz. d. Bl. erbauen.

!! Brasiliens !!

Ausreisende erhalten Ansiedlungen dort in kleinen und größeren Parzellen unter sehr günstigen Bedingungen.

Erfolgreicher Boden, herrlicher Hochwald mit Edelholz, fließendes Wasser, gute Verkehrsfrage, nahe Bahnhofslage geübtes Klima.

Meldungen von Reflektanten an Annonen-Expedition C. B. „Egref“, Bydgoszcz.

Stellenangebote

Suche zum 1. Oktober 1922
für Herrschaft Lekno älteren
zuverlässigen, verh. od. unverh.

Rentmeister

Zu baldigem Antritt wird ein
in der Lebensmittelbranche
erfahren. Herr gesucht, der im Einlauf,

mit Erfahrung und Büchführung langjährig
bewährt und in jeder Hinsicht zuverlässig ist; Kenntnis
der polnischen Sprache in Wort und Schrift.

Angebote mit Lebenslauf u. Zeugnisabschriften an

Jouanne,
Alenta, powiat Jarocin.

Suche zu sofort tätigen, energischen
Waldwärter

mit gut. Kenntnissen in Kultur- und Durchsichtigung.

Angebote mit Lebenslauf u. Zeugnisabschriften an

Jouanne,
Alenta, powiat Jarocin.

Suche zum 15. Mai, auch früher
ein zuverlässiges Mädchen

für alle Haushalte, evangel.

Keine Vermählung angehend,

Bedingung gute Köchin. Persönliche Vorstellung. Ulica

Poplinskich 7, II rechts. 6589

Zur Gründung einer

Obstweinkelterei

Kapitalist

von Fachmann mit gleichen Einlagen gesucht. Offeren

unter Nummer 835 an Annone-Exped. C. B. „Egref“, Bydgoszcz, erbauen.

16566

Unverheirateter, energischer

Hofbeamter

zum 1. 7. 22 auf intensiv bewirtschaftetes Gut ge-
sucht. Einige Erfahrung in Viehpflege Bedingung.